



NÖTIGER DENN JE: TATKRAFT IM CORONA-JAHR



Die Generalversammlung findet am Abend des 10. Mai 2021 virtuell statt.
Die Anmeldung ist von Anfang Februar bis am 31. März 2021 möglich.
Weitere Informationen: www.amnesty.ch/gv

Da die Situation im Hinblick auf das nächste Jahr unklar bleibt, hat der Vorstand entschieden, die GV 2021 erneut virtuell durchzuführen. Heute wichtiger denn je: die Zukunft von Amnesty mitzugestalten. Erneuern Sie deshalb Ihre Mitgliedschaft bis am 10. Januar 2021 und entscheiden Sie an der GV 2021 mit.

Im kommenden Jahr feiern wir gemeinsam 60 Jahre Amnesty International – 60 Jahre des unermüdlichen Einsatzes für die Menschenrechte. Wir hoffen, dass wir zum Jubiläum ein grosses Sommerfest durchführen können. Wir informieren Sie rechtzeitig über die Details dieser Veranstaltung.

JAHRES- UND GENERALVERSAMMLUNG 2021:

VIRTUELLE GV UND GROSSES JUBILÄUM



QR-Code mit der TWINT-App scannen.



Betrag eingeben und Spende bestätigen.



Unterstützen Sie Amnesty International mit einer regelmässigen Spende.

JETZT ERST RECHT: SCHÜTZEN WIR GEMEINSAM DIE MENSCHENRECHTE



WWW.AMNESTY.CH

— AKTUELL

- 4 **Good News**
- 6 **Aktuell im Bild**
- 7 **Nachrichten**
- 9 **Brennpunkt**
Hexenjagd

— DOSSIER

Nötiger denn je:
Tatkraft im Corona-Jahr



- 10 **Gutes selbst gemacht**
- 12 **Ausser man tut es: Engagements trotz Corona**
Beispiele aus Deutschland, Österreich und der Schweiz.
- 16 **Helfende Hände in der Not**
Unter der Corona-Krise leiden Sans-Papiers besonders.
Freiwillige springen in die Bresche.
- 19 **Stellvertretend für viele**
Ein Verein in der Schweiz setzt sich seit Jahrzehnten
für einen Todeszellenhäftling in den USA ein.
- 22 **Amnesty ermittelt digital**
Graphic Report zu Amnestys Evidence Lab:
Mit moderner Technik gegen Menschenrechtsverletzungen.

- 24 **Am Bildschirm Verbrechen aufdecken**
Interview mit Sam Dubberly vom Evidence Lab.
- 26 **Für mehr Vielfalt in den Medien**
Die Neuen deutschen Medienmacher*innen
eröffnen neue Perspektiven.
- 28 **«Eine tolerantere Gesellschaft aufbauen»**
Die LGBTI*-Community Botswanas kämpft für
ihre Rechte – trotz Corona.
- 30 **Gegen den Zwang zur guten Laune**
Philosoph Wilhelm Schmid fordert ein Grundrecht
auf schlechte Laune.

— KULTUR

- 32 **Jugendbuch**
Das 1x1 der Klimakrise
- 33 **Sachbuch**
Eine eigentlich normale Reaktion

— CARTE BLANCHE

- 36 **Renato Kaiser**
Erstaugust im Winter

— IN ACTION

- 37 **Briefmarathon 2020**
Mutige Menschen schützen: Wichtiger denn je

Impressum: «AMNESTY», Magazin der Menschenrechte, Nr. 104, Dezember 2020. **Redaktion:** Carole Scheidegger (cas.), Manuela Reimann Graf (mre). **MitarbeiterInnen dieser Nummer:** Sarah Batschelet, Lea De Gregorio, Fabienne Engler, Fina Girard, Malte Göbel, Oliver Grajewski, Anna Gusella, Jonathan Hoppler, Renato Kaiser, Emilie Mathys, Martina Powell, Xenia Rivkin, Maik Söhler, Uta von Schrenk, Klaus Ungerer. **Korrektorat:** Doris Yannick Héritier, Bern. **Gestaltung:** www.muellerluetolf.ch. **Druck:** Stämpfli AG, Bern. Auf nachhaltig produziertem Papier gedruckt, Schutzülle überwiegend aus nachwachsenden Rohstoffabfällen hergestellt. **Die Mitgliederzeitschrift «AMNESTY»** erscheint viermal jährlich in Deutsch und Französisch. Sie kann als E-Paper unter issuu.com/magazin-amnesty-schweiz gelesen werden. **Redaktionsschluss der nächsten Nummer:** 15. Januar 2021. **Distribution:** «AMNESTY, Magazin der Menschenrechte» erhalten alle, die die Schweizer Sektion von Amnesty International mit mindestens 30 Franken jährlich unterstützen. Über die Veröffentlichung von Fremdbeiträgen entscheidet die Redaktion. Alle Rechte vorbehalten. © Amnesty International, Schweizer Sektion. **Spendenkonto:** Amnesty International, Schweizer Sektion, 3001 Bern (PC 30-3417-8). **Redaktionsadresse:** Magazin «AMNESTY», Redaktion, Postfach, 3001 Bern. Tel.: 031 307 22 22, E-Mail: info@amnesty.ch. **Auflage:** 83000 (dt.).



Was für ein Jahr! Die schlechten Nachrichten überschlugen sich oft regelrecht. Wir alle fanden uns unvorbereitet in einer neuen Realität wieder. Viele Menschen wurden krank, trauerten um Angehörige oder gerieten in wirtschaftliche Not.

Doch als wir dieses Magazin planten, wussten wir rasch: Wir möchten auch den positiven und ermutigenden Nachrichten einen Platz geben. Deshalb werfen wir ein Licht auf Menschen, die sich in diesem verrückten Jahr für eine gute Sache eingesetzt haben. Manche wurden durch die Corona-Krise zu ihrem Engagement bewegt, andere sind seit Jahrzehnten aktiv und gaben auch dieses Jahr nicht auf, selbst wenn sie ihre Pläne verändern mussten. Wir haben diese Ausgabe übrigens gemeinsam mit Kolleginnen und Kollegen aus Deutschland und Österreich erarbeitet, natürlich via Videokonferenz, weil ein persönliches Treffen nicht möglich war. Sie finden in unserem Heft also auch Geschichten aus den Nachbarländern. Zahlreiche Menschen waren in diesem Herbst in der Schweiz für die Konzernverantwortungsinitiative aktiv. Die Abstimmung fand nach Redaktionsschluss statt, weshalb wir das Ergebnis leider an dieser Stelle nicht kommentieren können. Auf [amnesty.ch](https://www.amnesty.ch) sehen Sie unsere Stellungnahme zur Abstimmung.

Wir wünschen Ihnen ein friedliches Jahresende, gute Gesundheit und einen angenehmen Start ins 2021. Möge es uns allen viel Gutes bringen.

Carole Scheidegger, verantwortliche Redaktorin

GE



Demonstrierende an einer Kundgebung nach dem Tod von George Floyd am 19. Juni in Brooklyn, New York.

1 Million Unterschriften

USA – Amnesty International hat dem US-Generalstaatsanwalt William Barr mehr als eine Million Unterschriften aus der ganzen Welt überreicht. Die Menschenrechtsorganisation fordert gemeinsam mit ihren Unterstützern und Unterstützerinnen Gerechtigkeit für George Floyd und ein Ende der rassistischen Polizeigewalt in den USA. George Floyd war am 25. Mai 2020 in Minneapolis, Minnesota, von der Polizei getötet worden. In der Schweiz kamen rund 10000 Unterschriften zusammen.



Narges Mohammadi

Narges Mohammadi ist frei

IRAN – Die inhaftierte Menschenrechtsverteidigerin Narges Mohammadi wurde Anfang Oktober nach mehr als acht Jahren Haft vorzeitig freigelassen. Sie wies Symptome einer Covid-19-Erkrankung auf und leidet zusätzlich an mehreren Vorerkrankungen. Seit dem 24. Dezember 2019 war ihr die Gesundheitsversorgung verweigert worden. Narges Mohammadi hatte sich gegen die Todesstrafe und für die Rechte von Frauen eingesetzt und wurde

dafür bereits mehrfach verhaftet. Im Mai 2016 wurde sie – bereits inhaftiert – zu weiteren sechzehn Jahren Gefängnis verurteilt.

GewerkschafterInnen frei

MALAYSIA – Am 2. Juni 2020 hatte die malaysische Polizei eine friedliche Protestveranstaltung von Reinigungskräften eines Krankenhauses aufgelöst, die die unfaire Behandlung von Gewerkschaftsmitgliedern und eine unzureichende Versorgung mit persönlicher Schutzausrüstung anprangerten. Fünf Protestierende wurden inhaftiert und wegen «nicht genehmigter Versammlung» angeklagt. Am 2. Oktober entschied das Magistrat von Ipoh, die Anklagen gegen die GewerkschaftsaktivistInnen nicht weiterzuverfolgen, und ordnete die Entlassung der fünf Inhaftierten an.

D N E W S

Endlich Lohn

GUATEMALA – Anfang August erhielten 46 Arbeiter und Arbeiterinnen endlich ihr Gehalt. Sie waren im Juni vom öffentlichen Covid-19-Krankenhaus im Parque de la Industria in Guatemala-Stadt entlassen worden. Die nationale Ombudsstelle für Menschenrechte hatte gegen die Entlassungen Rechtsmittel eingelegt. Die Entlassenen hatten in dem provisorischen Krankenhaus für Covid-19-PatientInnen gearbeitet, das die Regierung im März eingerichtet hatte. Am 5. Juni wurden sie ohne Lohn entlassen. Im Mai hatte sich das medizinische Personal öffentlich über fehlende Arbeitsverträge, nicht ausgezahlte Gehälter und gefährliche Arbeitsbedingungen beschwert. Amnesty International hat sich für die Entlassenen eingesetzt und eine Untersuchung verlangt.

Keine Haft für Journalistin

RUSSLAND – Die Journalistin Svetlana Prokopyeva muss nicht ins Gefängnis. Ihr drohten bis zu sieben Jahre Haft. Sie wurde aber zu einer Geldstrafe von umgerechnet rund 6000 Franken verurteilt. Zur Last gelegt wurde ihr die «Rechtfertigung von Terrorismus» aufgrund eines Radiobeitrags. Die Journalistin hatte nach einem Selbstmordattentat die Regierung kritisiert und ihre Ansichten dazu geäußert, warum sich die Jugend in Russland radikalisiert. Sie rief weder zu Gewalt auf, noch hiess sie diese gut. Sie drängte vielmehr darauf,



Svetlana Prokopyeva

dass die Behörden die Menschenrechte und die Rechtsstaatlichkeit respektieren.

Freilassung von Demokratie-Aktivist

GUINEA – Oumar Sylla wurde am 27. August aus dem Gefängnis in Conakry entlassen. Der Verantwortliche für die Mobilisierung der oppositionellen Koalitionsgruppe Front zur Verteidigung der Verfassung (FNDC) kam frei, nachdem ein Gericht alle Anklagen gegen ihn fallen gelassen und seine Freilassung angeordnet hatte. Er war 132 Tage lang willkürlich inhaftiert worden, um seine prodemokratischen Aktivitäten zu behindern.

Freispruch für menschliche Tat

FRANKREICH – Ein Berufungsgericht hat den Lehrer und Meeresbiologen Pierre-Alain Mannoni aus Nizza am 28. Oktober von allen gegen ihn erhobenen Vorwürfen freigesprochen. Mannoni war strafrechtlich verfolgt worden, weil er im Oktober 2016 drei verletzten

Nur ein Ja ist ein Ja

DÄNEMARK – Die dänische Regierung stimmte einer Änderung des Strafgesetzbuchs zu, die anerkennt, dass Sex ohne Zustimmung Vergewaltigung ist. Dem Entscheid vorausgegangen waren jahrelange Kampagnen von Frauenrechts- und Betroffenen Gruppen sowie die Kampagne «Let's Talk About Yes» von Amnesty International. In der Schweiz läuft zum gleichen Thema die Kampagne «Nur ein Ja ist ein Ja». Verlangt werden wirksame Massnahmen gegen sexuelle Gewalt an Frauen und eine Reform des veralteten Sexualstrafrechts.



Der freigesprochene Lehrer Pierre-Alain Mannoni.

jungen Eritreerinnen, darunter einer Minderjährigen, geholfen hatte. Er hatte sie zu sich nach Hause gefahren und über Nacht beherbergt, bevor er sie am nächsten Tag an den Bahnhof brachte. Im Januar 2017 war er in erster Instanz freigesprochen worden, wurde dann aber vom Berufungsgericht zu einer zweimonatigen Haftstrafe auf Bewährung verurteilt, was Mannoni anfechtete. Nachdem der Verfassungsrat im Juli 2018 das «Prinzip der Brüderlichkeit» anerkannte, wurde das Gesetz, das die Beihilfe zur Einreise als Straftat bezeichnet, neu formuliert: Die Beihilfe ist seither nicht strafbar, wenn sie zu humanitären Zwecken und ohne Entschädigung geleistet wird.



Kundgebung in Kopenhagen im Rahmen der «Let's talk about Yes»-Kampagne.

IN KÜRZE

KUBA – Der kubanische Rechtsanwalt und Journalist Roberto de Jesús Quiñones Haces kam am 4. September aus dem Gefängnis frei, nachdem er seine Haftstrafe verbüsst hatte. Er wurde im August 2019 vor dem Stadtgericht in Guantánamo wegen «Widerstand» und «Ungehorsam» zu einer einjährigen Gefängnisstrafe verurteilt. Während seiner Haft berichtete der Journalist über die Haftbedingungen und kritisierte ab März 2020 die fehlenden Massnahmen gegen Covid-19.

NIGER – Samira Sabou, Journalistin und Präsidentin der Vereinigung nigrischer BloggerInnen, wurde aus dem Gefängnis von Niamey entlassen. Sie kam am 28. Juli frei, nachdem ein Richter alle gegen sie erhobenen Anklagen wegen Verleumdung zurückgewiesen hatte. Sie war 48 Tage willkürlich in Untersuchungshaft gehalten worden.

VENEZUELA – Der venezolanische Politologe Nicmar Evans wurde am 1. September zusammen mit 110 anderen Gefangenen, die Nicolás Maduro kürzlich begnadigt hatte, bedingungslos freigelassen. Er verbrachte über 50 Tage in Gewahrsam der militärischen Spionageabwehr (DGCIM), nachdem er sich in den sozialen Medien kritisch über die Politik von Nicolás Maduro geäußert haben soll. Nicmar Evans war unter dem «Gesetz gegen Hass» angeklagt worden, das seit seiner Einführung 2017 als Repressionsmittel gegen Oppositionelle angewandt wird.



© Natalia Fedosenko/RASS/Getty Images

BELARUS – Erschrocken über die Polizeigewalt: Diese Frau nahm am 11. Oktober in Minsk an einer der Demonstrationen gegen Präsident Lukaschenko teil, dem Wahlfälschung bei der Präsidentenwahl vom August vorgeworfen wird. Die Sicherheitskräfte gingen mit massiver Gewalt gegen die friedlich demonstrierenden Menschen vor und setzten nebst Wasserwerfern auch Blend- und Knallgranaten ein. Dennoch demonstrieren die Menschen in Belarus Sonntag für Sonntag weiter – bis zu 100000 Protestierende sind es jeweils in Minsk. Die Regierung antwortet mit Polizei- und Militäreinsätzen, mit der Abschaltung des Internets und mit zahlreichen Verhaftungen, auch von Medienschaffenden.



Junge Demonstranten protestieren gegen die Spezialeinheit SARS, 12. Oktober 2020.

Brutale Gewalt gegen Demonstrierende

NIGERIA – Seit Anfang Oktober fordern Tausende NigerianerInnen ein Ende der Polizeigewalt, der aussergerichtlichen Hinrichtungen und der Erpressungen durch die Spezialeinheit SARS (Special Anti-Robbery Squad). Am 11. Oktober wurde SARS zwar aufgelöst, doch setzen Tausende die Proteste fort. Sie fordern die Freilassung aller Festgenommenen, Gerechtigkeit für die Opfer der Polizeigewalt und eine Entschädigung für die Opfer und ihre Familien sowie die strafrechtliche Verfolgung der Verantwortlichen. Gegen die Protestierenden wurde auch scharfe Munition eingesetzt; am 20. Oktober wurden mindestens zwölf Menschen erschossen, als die Armee das Feuer auf die Demonstration eröffnete.

Anti-Terror-Gesetz

SCHWEIZ I – Trotz scharfer Kritik im Parlament sowie von Organisationen und Fachpersonen hat die Mehrheit der ParlamentarierInnen den umstrittenen Anti-Terror-Gesetzen zugestimmt. Die NGO-Plattform Menschenrechte Schweiz, an der sich Amnesty Schweiz beteiligt, hatte Änderungen an beiden Vorlagen gefordert, damit die Gesetze den in der Schweiz garantierten Grund- und Menschenrechten entsprechen. Als «terroristische Aktivität» gelten fortan in der Schweiz «Bestrebungen zur Beeinflussung oder Veränderung

der staatlichen Ordnung», die «mit der Verbreitung von Furcht und Schrecken verwirklicht oder begünstigt» werden sollen. Gewalt, die Androhung von Gewalt oder Straftaten werden nicht mehr vorausgesetzt, um eine Aktivität als «terroristisch» zu qualifizieren. Selbst eine friedliche, legitime politische Betätigung kann somit als «terroristische Aktivität» verfolgt werden. Neu werden RichterInnen entscheiden, ob eine Organisation als terroristisch einzustufen ist. Verschiedene Jungparteien haben inzwischen das Referendum gegen das Gesetz ergriffen.

Beginn der entscheidenden Phase

SCHWEIZ II – Nachdem der Bundesrat Ende 2019 seine Botschaft präsentierte, hat sich die Aussenpolitische Kommission des Ständerats diesen Herbst dem Gesetz zur Schaffung einer Nationalen Menschenrechtsinstitution (NMRI) gewidmet. Verschiedene Exponenten des Schweizerischen Kompetenzzentrums für Menschenrechte und der Kantone

wurden angehört, und es ist zu erwarten, dass Anfang 2021 die Detailberatung beginnt. Zusammen mit der NGO-Plattform Menschenrechte Schweiz hat Amnesty den Prozess begleitet und hofft, dass das Parlament schnell auf die Vorlage eintritt, damit endlich eine vollständig unabhängige, ausreichend finanzierte und mit einem umfassenden Mandat ausgestattete NMRI ins Leben gerufen wird.

Schutz von Gesundheitsangestellten

SCHWEIZ III – Gewerkschaften, Berufsverbände und NGOs sowie mehr als 3000 Personen, darunter 1500 Gesundheitsfachkräfte, haben einen offenen Brief an den Bundesrat unterzeichnet. Sie fordern ihn dringend auf, eine unabhängige Untersuchung zu den Auswirkungen der Covid-19-Pandemie auf das Gesundheitspersonal zu veranlassen. Der Brief wurde am 22. Oktober von Amnesty International überreicht. Am 31. Oktober übergab Amnesty den Gesundheitsangestellten anlässlich ihrer Protestwoche ausserdem ein Manifest mit mehr als 7000 Unterschriften. Das Manifest fordert konkrete Massnahmen, um eine qualitativ hochwertige Pflege und den Schutz der Angestellten zu gewährleisten.



Übergabe des offenen Briefs an den Bundesrat.



Im Plenarsaal des Uno-Menschenrechtsrats in Genf sitzen auch VertreterInnen autoritärer Staaten.

Ohne Saudi-Arabien

UNO – Mitte Oktober scheiterte Saudi-Arabien mit seiner Kandidatur für die Mitgliedschaft im Uno-Menschenrechtsrat. 15 der 47 Sitze waren neu zu besetzen, und Saudi-Arabien musste in der Abstimmung über die vier Sitze, die der Ländergruppe Asien-Pazifik zustehen, den Konkurrenten aus China, Pakistan, Nepal und Usbekistan den Vortritt lassen. China wiederum erhielt von allen gewählten Staaten mit 139 Stimmen die geringste Unterstützung; vor vier Jahren hatte das Land noch 41 Stimmen mehr erhalten. Amnesty International hatte die Kandidaturen von China, Saudi-Arabien, Russland und Kuba wegen ihrer schlechten Menschenrechtsbilanz kritisiert.

JETZT ONLINE

■ **Witness** – Die neue Podcast-Reihe «Witness» stellt die Arbeit der ForscherInnen und der Krisenreaktionsteams von Amnesty International vor. Ihre Arbeit führt sie an einige der gefährlichsten und unbeständigsten Orte der Welt. Jetzt in englischer Sprache online.

■ **Twitter** – Trotz wiederholter Versprechen hat Twitter erst eine von zehn konkreten Empfehlungen zum Schutz von Frauen vor Online-Gewalt umgesetzt, wie eine Untersuchung von Amnesty International aufzeigt. Auch gab es nur begrenzte Fortschritte bei der Schaffung von Transparenz, was den Umgang mit Missbrauchsmeldungen angeht. Das Video dazu gibt es in Englisch.

Jetzt online unter www.amnesty.ch/magazin-dezember20

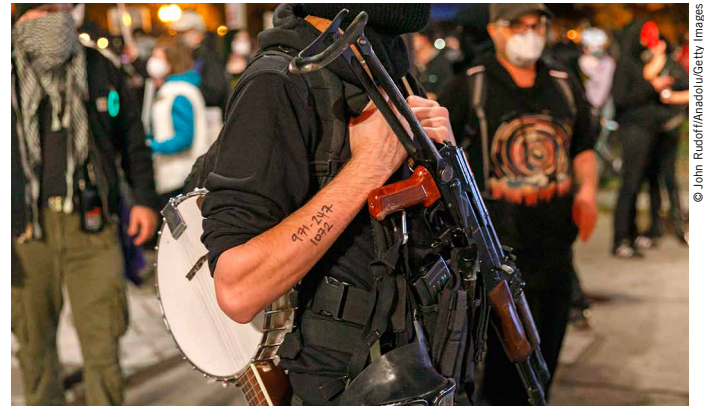
Zivilbevölkerung leidet weiter

MYANMAR – Die Angriffe auf die Zivilbevölkerung in den Bundesstaaten Chin und Rakhine gehen trotz internationaler Kritik weiter. Amnesty International hat neue Beweise für wahllose Angriffe auf die Zivilbevölkerung gesammelt. So wurden Siedlungen be-

schossen, Dutzende Menschen getötet und Häuser und Geschäfte niedergebrannt. In den aktuell wieder verstärkten Kämpfen zwischen der buddhistischen Arakan Army und Myanmars Militär werden offenbar auch Antipersonenminen eingesetzt, durch die auch Zivilpersonen verletzt wurden.

Menschenrechte an erste Stelle setzen

USA – Rund um die Wahlen in den USA, die während der Produktion dieses Magazins stattfanden, kam es zu diversen Menschenrechtsverletzungen. So haben Gruppierungen die Ausübung des Wahlrechts zu beeinflussen versucht, auch das Demonstrationsrecht wurde teilweise eingeschränkt. Amnesty fordert den designierten Präsidenten Joe Biden auf, den von der US-Regierung begangenen Menschenrechtsverletzungen umgehend ein Ende zu setzen. Die Trump-Regierung ist zweifellos für zahlreiche Menschenrechtsverletzungen verantwortlich, viele Verstösse haben ihren Ursprung aber schon in der Zeit davor. Um eine wirkliche Wende herbeizuführen, muss für die neue Regierung die Ausarbeitung einer ambitionierten Menschenrechtsagenda oberste Priorität haben.



Ein bewaffneter Demonstrant protestiert gegen die seiner Meinung nach gefälschten Wahlergebnisse. Portland, 4. November.

Einsatz verbotener Streubomben

ARMENIEN/ASERBAIDDSCHAN – Der jüngste Ausbruch von Gewalt zwischen armenischen und aserbaiddschanischen Streitkräften in der Region Berg-Karabach ist der gewalttätigste seit 2016. Amnesty International hat den Einsatz von

Streubomben bestätigt. Deren Einsatz ist nach dem humanitären Völkerrecht unter allen Umständen verboten. Seit Beginn des Kriegs Anfang der 1990er-Jahre wurden auf beiden Seiten Tausende von Menschen getötet und Hunderttausende zur Flucht gezwungen.

HEXENJAGD



© Jan Petersmann / A1

Unterstützungsaktion vor der indischen Botschaft in Berlin 2018, als die Konten der indischen Sektion ebenfalls eingefroren wurden.

Die indische Regierung hat am 10. September 2020 die Bankkonten von Amnesty International in Indien eingefroren. Dies brachte die gesamte Arbeit der Sektion in Indien zum Erliegen, sie musste ihre laufende Kampagnen- und Recherchearbeit unterbrechen und die 140 Mitarbeitenden freistellen. Behörden werfen Amnesty Indien vor, gegen die verschärften Gesetze zur Finanzierung von Non-Profit-Arbeit mit Auslandsspenden zu verstossen und Geldwäsche zu betreiben. Seit dem Amtsantritt des Premierministers Narendra Modi im Jahr 2014 hat dessen Regierung etlichen Nichtregierungsorganisationen die Erlaubnis entzogen, Spenden aus dem Ausland anzunehmen.

Die indische Amnesty-Sektion sieht sich seit Jahren einer re-

gelrechten Hexenjagd ausgesetzt. Bereits im Oktober 2018 mussten die Mitarbeitenden eine zehnstündige Razzia über sich ergehen lassen, als eine Gruppe von Beamten des Enforcement Directorate (ED), einer dem Finanzministerium unterstellten Ermittlungsbehörde, in die Räumlichkeiten von Amnesty Indien eindrang und die Tore hinter sich verschloss. Auch die Privatwohnung eines Geschäftsführers wurde durchsucht. Unmittelbar nach der Razzia wurden auch damals die Bankkonten eingefroren, und die Organisation sah sich gezwungen, einen Teil ihrer MitarbeiterInnen zu entlassen.

Noch während der laufenden Ermittlungen und bevor Anklage erhoben wurde, startete die indische Regierung damals eine Verleumdungskampagne, indem beispielsweise regierungsnahen Medien aus dem Zusammenhang gerissene Ausschnitte beschlagnahmter Dokumente zugespielt wurden. Einen Monat später wurden die Konten der Organisation teilweise, jedoch nur unter strengen Auflagen, wieder zugänglich gemacht. Im November 2019 wurden die Büros der Organisation von unterschiedlichen Behörden erneut durchsucht.

«Die Schikanen gegen Amnesty in den letzten zwei Jahren sind eine Reaktion auf unsere Forderungen nach Transparenz in der Regierung», sagte Avinash Ku-

mar, Direktor von Amnesty Indien. «Die aktuelle Massnahme ist eine Reaktion auf unsere Berichte über die Unruhen in Delhi und die Situation in Jammu und Kaschmir.» Am 5. August 2020 hatte Amnesty Indien ein Update zur desolaten Menschenrechtssituation in Jammu und Kaschmir veröffentlicht; am Ende desselben Monats erschien ein weiterer Bericht, der von der Polizei begangene Menschenrechtsverletzungen während der Unruhen in Delhi im Februar 2020 dokumentierte. Bei diesen Unruhen kamen mindestens 50 ZivilistInnen, vorwiegend muslimischen Glaubens, ums Leben. Amnesty International hatte mehr als 50 Augenzeuginnen befragt und Videos von Social-Media-Plattformen analysiert, die die Vorwürfe gegen die Polizei belegen.

Am 30. September verurteilten 15 internationale Menschenrechtsorganisationen das Vorgehen der indischen Regierung gegen Amnesty und sagten zu, lokale MenschenrechtsverteidigerInnen und -organisationen weiterhin zu unterstützen. «Das Vorgehen der Regierung gegen Amnesty Indien ist Teil einer zunehmend repressiven Taktik, kritische Stimmen und Gruppen, die sich für die Förderung, den Schutz und die Verteidigung der Grundrechte einsetzen, auszuschalten», heisst es in einer gemeinsamen Erklärung.

Manuela Reimann Graf

Gutes selbst gemacht





Die Hand geben wir uns nicht mehr, verbunden bleiben wir. Auch im Corona-Jahr 2020 gibt es viele Menschen, die sich für eine gute Sache einsetzen: Denn es gilt, Leben zu retten, digital zu ermitteln, für Vielfalt und gegen die Todesstrafe zu kämpfen und vor allem niemanden zurückzulassen. Engagement lässt sich nicht aufhalten.

Ausser man tut es

Auch im irren Corona-Jahr 2020 gibt es Gutes zu entdecken.

Von den Magazin-Redaktionen aus Österreich, Deutschland und der Schweiz.

Das wird kein gutes Jahr, prophezeiten manche schon im Frühling. Und tatsächlich wurde vieles, das man zuvor nicht für möglich gehalten hatte, im Laufe der letzten Monate schockierende Realität: Millionen Menschen haben ihr Leben, ihre Liebsten, ihre Arbeit, ihr Zuhause, ihren Lebensraum verloren. Unzählige Menschen kämpfen mit den Folgeschäden der Covid-19-Erkrankung, der Rückkehr traditioneller Rollenbilder und den psychischen Folgen der wochen-, teilweise monatelangen Isolation, Überforderung und Überarbeitung. Wenn wir diese Zeilen schreiben, ist das, was dieses Jahr passiert ist, in vielerlei Hinsicht nach wie vor unfassbar. Doch eines scheint klar: 2020 war kein gutes, nein, es war ein irres Jahr.

Und trotzdem gibt es in diesem Jahr auch Gutes: Menschen, die sich trotz – oder gerade wegen – der Krise für andere und deren Rechte einsetzen. Manchmal mit kleinen Gesten oder gegen grossen Widerstand, mit langem Atem und viel Kreativität. In all den schlechten Nachrichten gingen dieses Jahr positive Entwicklungen manchmal unter. Dem wollen wir gegensteuern. In dieser Ausgabe, die wir gemeinsam mit unseren KollegInnen aus Deutschland und Österreich produziert haben, stellen wir Beispiele vor, die uns hoffnungsvoll stimmen. Denn Covid-19 hat auch gezeigt: Wir müssen nicht so weitermachen wie bisher, wir können für die Zukunft andere Entscheidungen treffen.

Zum Beispiel können wir uns dafür entscheiden, Menschen, die obdachlos sind oder vertrieben wurden, jene Sicherheit zu bieten, die wir für uns selbst und für unsere Liebsten wünschen. Viele Menschen haben nach Ausbruch der Krise selbst angepackt und anderen Hoffnung, Halt und Hilfe gegeben. Wir berichten über Menschen, Gruppen und Projekte, die sich durch Solidarität, Menschlichkeit und gegenseitige Unterstützung auszeichnen. Manche hat die Pandemie zu ihrem Engagement bewegt, andere sind seit Jahr-



zehnten aktiv für das Wohl anderer

und haben sich auch dieses Jahr nicht davon abhalten lassen. Für viele sind wegen Covid-19 die Grund- und Menschenrechte und die Eingriffe in ebendiese so spürbar geworden wie vielleicht noch nie zuvor. Dass sich ein kritischer Blick auf Überwachung und der Einsatz von Technologie nicht ausschliessen, zeigt das seit mehr als zwei Jahren im Einsatz stehende Evidence Lab von Amnesty International. Zum Abschluss wehrt sich der Philosoph Wilhelm Schmid im Interview gegen einen «Totalitarismus der guten Laune» und erklärt, warum die Corona-Krise bei allem Übel auch etwas Positives bewirken kann.

2020 mag kein gutes Jahr gewesen sein. Doch mit guten Entscheidungen können wir dafür sorgen, dass die kommenden Jahre besser werden. Denn nicht zuletzt hat sich in diesem irren 2020 auch gezeigt, wie fundamental Menschenrechte unseren Alltag berühren und dass Freiheit, der Schutz von Leben und Gesundheit, das Recht auf Privatsphäre und Informationen nicht selbstverständlich sind. Wir können uns in Zukunft für eine Politik entscheiden, die genau das anerkennt und unsere Rechte in den Mittelpunkt stellt. |



Die Pflegerin Lea Daum macht sich stark für ihre PatientInnen – und für den Schutz des Gesundheitspersonals.

Von Jonathan Hoppler

«Wir wollen Wertschätzung»

Plötzlich war die Schweiz im Lockdown: Geschäfte blieben geschlossen, der Kulturbetrieb wurde eingestellt, ein Grossteil der Arbeit ins Homeoffice verlagert. Wer konnte, zog sich im vergangenen März ins sichere Zuhause zurück.

Doch nicht alle konnten. Die Fachangestellte Gesundheit Lea Daum ist eine von jenen, die das nicht konnten. Wie alle rund 400 000 Beschäftigten im Gesundheitswesen der Schweiz ist die Mutter einer zweijährigen Tochter systemrelevant, heisst: Ihre Arbeit lässt sich nicht aussetzen, und sie lässt sich nicht aus der Ferne machen. Pflegen bedeutet physische Nähe, das Risiko einer Übertragung des Coronavirus ist entsprechend hoch.

Die Folgen einer Ansteckung erfuhr Lea Daum am eigenen Körper. Sie war eine von mehreren PflegerInnen auf ihrer Station einer psychiatrischen Klinik, die sich im Kontakt mit den PatientInnen mit dem neuartigen Coronavirus infizierten. «Vor allem, weil lange keine ausreichenden Schutzmassnahmen ergriffen wurden», sagt die 30-Jährige. Auch als Mitte April der erste Covid-19-Fall unter den BewohnerInnen auftrat, habe die Klinik weder das Personal noch die PatientInnen durchgehend auf das Virus testen lassen. «Die Leitung hat das Ansteckungsrisiko selbst da noch völlig heruntergespielt.»

So kam es, dass auf Leas Station innert zweier Wochen eine zweite Welle von Ansteckungen ausbrach. Auch die junge Mutter fühlte sich angeschlagen, hatte Kopfschmerzen, Husten – und sollte trotzdem weiterarbeiten. Doch das liess

sie sich nicht mehr gefallen. Sie weigerte sich, ohne einen Test seitens der Klinik und die Gewissheit, nicht mit dem Virus infiziert zu sein, weiter PatientInnen zu pflegen. Das Team stand hinter ihr, Lea wurde endlich getestet: positiv. Erst dann konnte sie zuhause bleiben, und erst dann verabschiedete die Klinik ein umfassendes Schutzkonzept.

«Ich bin ein Mensch, der sagt, was ihm nicht passt», erklärt Lea ihren Willen, sich für den Schutz des Pflegepersonals und die Gesundheit ihrer PatientInnen einzusetzen. Personalmangel, fehlendes Material, unbezahlte Überstunden und schlechte Löhne seien im Gesundheitswesen schon lange ein Problem, nicht erst seit der Pandemie. «Und jetzt müssen wir uns auch noch Tag für Tag der Gefahr einer Corona-Ansteckung aussetzen.» Zwar hätten die Missstände in der Pflege für einen kurzen Moment etwas Aufmerksamkeit bekommen, aber geändert habe sich nichts.

«Es sind vor allem Frauen, die in diesem Land die Gesundheitsversorgung sicherstellen – und nebenbei noch den Haushalt und die Kinderbetreuung übernehmen», macht die Pflegerin klar. «Wir haben es verdient, nicht vergessen zu gehen, und wollen echte Wertschätzung für unsere Arbeit. Applaus genügt schon lange nicht mehr.» Was es jetzt endlich brauche, seien vielmehr «ausreichend Personal, gerechte Löhne und Gefahrezulagen, subventionierte Ausbildungen» und, nicht zuletzt, «Mütter-Schichten»! Also familienfreundliche Arbeitszeiten und Dienste. Dafür setzt sich Lea Daum weiter ein. |

Einfach mal machen

Nachbarschaftshilfe ohne Händeschütteln: In Österreich geht Solidarität viral.

Von Martina Powell

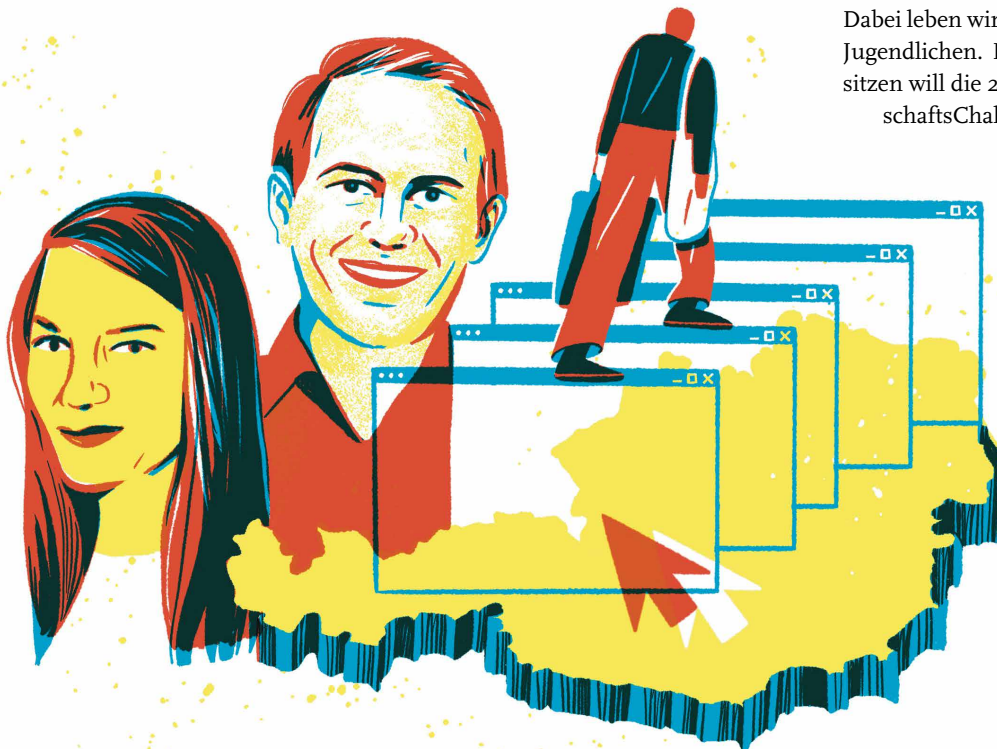
Ein Dienstag im März. Während in Österreich Bundeskanzler Sebastian Kurz den Lockdown verkündet und die Menschen sozial Abstand nehmen, geht eine Botschaft in den sozialen Netzwerken viral: Seien wir füreinander da! Immer mehr teilen den Hashtag #NachbarschaftsChallenge und posten Fotos von Zetteln in Treppenhäusern. Man möchte besonders alte oder immunschwache Menschen unterstützen, Besorgungen für sie erledigen oder sonstige Hilfe anbieten.

Alexander Taubenkorb ist einer von vielen in Österreich, die die Aktion sofort begeistert. Doch der 33-Jährige sieht angesichts Tausender Hilfsangebote, die spontan in Treppenhäusern auftauchen oder im Netz gepostet werden, auch ein

Problem: «Wenn du in der Wohnhausanlage einen Zettel aufhängst, oder in eine Facebook-Gruppe schreibst, sehen es die Menschen im direkten Umfeld oder die, die Teil der Gruppe sind. Weitere, die auch mitmachen könnten, bekommen vielleicht davon nichts mit.» Also bastelt der IT-Experte über Nacht die Website corona-nachbarschaftshilfe.at. Dort können nach dem Prinzip von Angebot und Nachfrage Hilfsangebote oder -gesuche eingetragen werden – vom Gassgehen übers Gulaschkochen bis zur Mathe-Nachhilfe. «Wenn es einem Menschen hilft, ist das auch schon was.» Doch Alexanders Erwartungen werden schnell übertroffen: Kaum ist die Website online, kann er im Minutentakt beobachten, wie die Menschen zusammenfinden. Bald muss Alexander so viele Einträge bearbeiten, dass er seine Arbeitskollegin um Unterstützung bittet.

Auch Rebekka Dober hat in den Tagen, als die Solidaritätswelle durch die sozialen Medien und die Strassen Österreichs schwappt, viel zu tun. Und das, obwohl in den ersten Tagen nach dem Lockdown für die Gründerin der Initiative YEP-Stimme der Jugend alles kurz stillsteht: «Von einem Tag auf den anderen waren Unis und Schulen zu, Events abgesagt. Dabei leben wir vom direkten Austausch und von Treffen mit Jugendlichen. Ein echter Schockmoment.» Untätig herumsitzen will die 28-Jährige aber auch nicht. Von der #NachbarschaftsChallenge inspiriert, gründet sie die Facebook-

Gruppe Community Instant Action. Über Nacht hat sie Hunderte, bald Tausend Mitglieder. «Es war schön zu sehen, dass so viele das, was sie können und gerne machen, anderen zur Verfügung stellen.» Und bald wird aus der spontanen Gruppe mehr: «Über den Austausch in der Community haben wir gemerkt, wie gross der Informationsbedarf in Sachen Homeschooling sowohl für Lehrpersonen als auch für Schüler und Schülerinnen ist.» Und so wird YEP gemeinsam mit Freiwilligen und zivilgesellschaftlichen Organisationen Teil der Initiative «Weiterlernen» des Bildungsministeriums – mit dem Ziel, Lehrpersonen und Lernenden mehr Informationen, Material und vor allem Unterstützung zur Verfügung zu stellen. |



Zur Selbsthilfe befähigen

Das Multiplikatorinnen-Netzwerk für geflüchtete Frauen in Bayern hat das Beste aus den schwierigen Corona-Lockdown-Bedingungen gemacht.

Von Uta von Schrenk

Anfang April 2020, in Bayern herrschte Lockdown. Acht Hilfsorganisationen, alle in der Betreuung von Geflüchteten tätig, setzten sich zusammen und berieten. An ihre Schützlinge kamen sie nicht mehr heran, der Zugang zu den Unterkünften war pandemiebedingt versperrt. Was nun? «Wir haben ein Soforthilfe-Netzwerk gebildet», berichtet Michelle Kerndl-Özcan, Referentin für Gender Based Violence und psychische Gesundheit bei der NGO Ärzte der Welt. «Es ging uns darum, mit den Geflüchteten in Kontakt zu bleiben, Informationen aus den Unterkünften zu bekommen, aber auch hineinragen zu können.» Die rettende Idee: Warum nicht Frauen aus den Unterkünften selbst in das Hilfsprojekt einbinden? So entstand das Multiplikatorinnen-Netzwerk für geflüchtete Frauen.

Die Organisation übernahmen der Paritätische Wohlfahrtsverband in Oberbayern, die Innere Mission München und Ärzte der Welt. Das Netzwerk steuerte Namen möglicher Multiplikatorinnen aus den Unterkünften bei. «Unsere einzigen Bedingungen waren, dass die Frauen Englisch sprechen, ein Smartphone besitzen und zuverlässig mitarbeiten wollen», sagt Kerndl-Özcan.

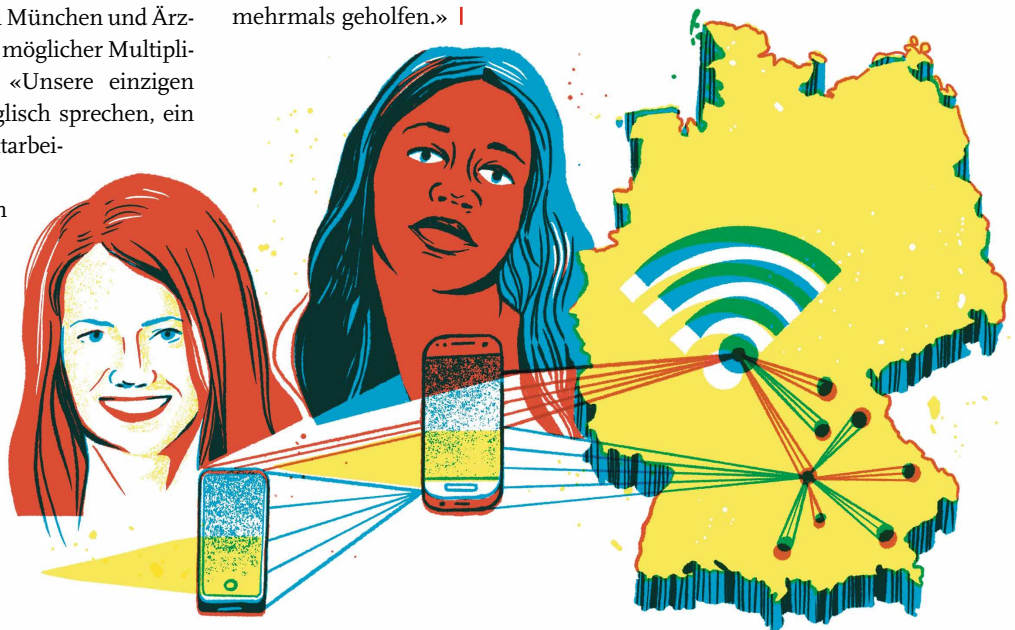
Ende April waren sechs Frauen am Start. Sie kommen aus Nigeria, Uganda und Afghanistan und leben in verschiedenen Unterkünften in Bayern. Die Freiwilligen wurden mit einem Gigabyte an Datenvolumen pro Monat ausgestattet; das WLAN in den meisten Unterkünften ist zu schlecht, um online arbeiten zu können. Seither tauschen sie sich wöchentlich mit Kerndl-Özcan und ihren beiden Kolleginnen aus, zumeist online.

Wie geht es den Frauen in den Unterkünften? Welche aktuellen Informa-

tionen zur Pandemie gibt es? Welche Probleme bestehen vor Ort? Welche Organisationen oder Anlaufstellen können helfen? «Während wir am Anfang über Corona-Massnahmen, Homeschooling und Gerüchte zur Pandemie aufgeklärt haben, stehen mittlerweile Fragen zu Schule, Ausbildung und Deutschkursen, aber auch zu Ernährung, Verhütung oder Gewalt gegen Frauen im Mittelpunkt», sagt Kerndl-Özcan. «Wir arbeiten bedarfsorientiert.»

Im Anschluss an jede Sitzung fassen Kerndl-Özcan und ihre Kolleginnen alle Informationen in einem Newsletter zusammen. Dieser geht an zahlreiche Organisationen in München, die mit Geflüchteten arbeiten, und an die Multiplikatorinnen selbst. Sie geben die Informationen an die ihnen bekannten Frauen in den Unterkünften weiter.

Der Informationsfluss funktioniert. Immer wieder bekommt das Team Rückmeldungen, wonach die Multiplikatorinnen Frauen an Hilfsadressen vermitteln konnten. «Wir unterstützen nur», betont Kerndl-Özcan, «wir wollen die Frauen ja befähigen, selbst bei den Organisationen anzurufen.» So hat Multiplikatorin Faith geholfen, einer Geflüchteten Zugang zur Krankenversicherung zu verschaffen. Und Multiplikatorin Lilian hat dafür gesorgt, dass drei Frauen, die traumatischen Situationen ausgesetzt waren, psychologische Hilfe erhielten. «Es tut mir gut, helfen zu können», sagt Lilian. «Mir wurde schliesslich auch mehrmals geholfen.» |





Freiwillige beim Vorbereiten der mit Lebensmitteln gefüllten Taschen. Genf im Mai 2020.

Helfende Hände in der Not

Die Covid-19-Pandemie verschlimmert die Lage armutsbetroffener Menschen in der Schweiz, insbesondere die von Sans-Papiers. Engagierte Menschen wie Amine, Tatiana und Louise springen in die Bresche. Von Manuela Reimann Graf und Emilie Mathys

Samstagmorgen im Herbst 2020, Zürich Altstetten. Neben einer Do-it-yourself-Autowaschanlage, an der einige Männer ihre Autos blitzblank putzen, bildet sich eine lange Schlange. Es sind Sans-Papiers, Flüchtlinge, aber auch Obdachlose und andere – mit oder ohne Schweizer Pass –, die anstehen, um ihre Taschen mit Lebensmitteln zu füllen. Bis am Abend werden es über 1000 Menschen sein, die sich hier mit dem Notwendigsten versorgen.

Ähnliche Szenen sah man nach Beginn des Lockdowns im März in verschiedenen Schweizer Städten. Die Bilder von Tausenden Menschen, die im internationalen Genf für Nahrung anstanden, waren auch in ausländischen Medien zu sehen und erstaunten die Welt. Wie viele Menschen in der «reichen» Schweiz nun in Not gerieten, wurde deutlich sichtbar.

Seit Frühling verschärft sich die Lage der von Armut betroffenen Menschen: Insbesondere die Sans-Papiers fallen durch alle Maschen, sie können sich wegen ihres «illegalen Status» nicht an die Sozialdienste wenden. Sie sind die ersten, die ihr mageres Einkommen verlieren, das sie ohne gültige Verträge als Putzhilfen, Betagtenbetreuerinnen, Bauarbeiter oder in der Gastronomie verdienen. Nach dem Ende des Lockdowns im Frühsommer konnten

viele nicht an ihre Stellen zurückkehren. Geschätzte 100 000 Papierlose leben gemäss einer Studie von 2015 in der Schweiz, die genauen Zahlen kennt niemand.

Unerwartet viel Unterstützung | «Im März und April wurden wir mit Anfragen um Hilfe fast überrannt», sagt Bea Schwager von der Anlaufstelle für Sans-Papiers Spaz in Zürich. «Viele hatten Angst, auf der Strasse zu landen, weil sie die Miete nicht mehr bezahlen konnten.» Das Spaz lancierte einen Aufruf und erhielt überraschend viele Zusagen. «Es war schön zu sehen, wie viele Menschen zum Beispiel für andere die Krankenkassenprämien bezahlten. Auch dem Aufruf, die Sans-Papiers etwas aus der Isolation zu holen, folgten viele. Denn die meisten Sans-Papiers getrauten sich kaum mehr auf die Strasse – wegen der erhöhten Polizeipräsenz, aber auch weil sie ohne Geld sowieso nicht viel unternehmen konnten. Wenn man bedenkt, dass die meisten in äusserst prekären Wohnverhältnissen leben müssen, kann man sich vorstellen, wie schwierig das für die Betroffenen war.»

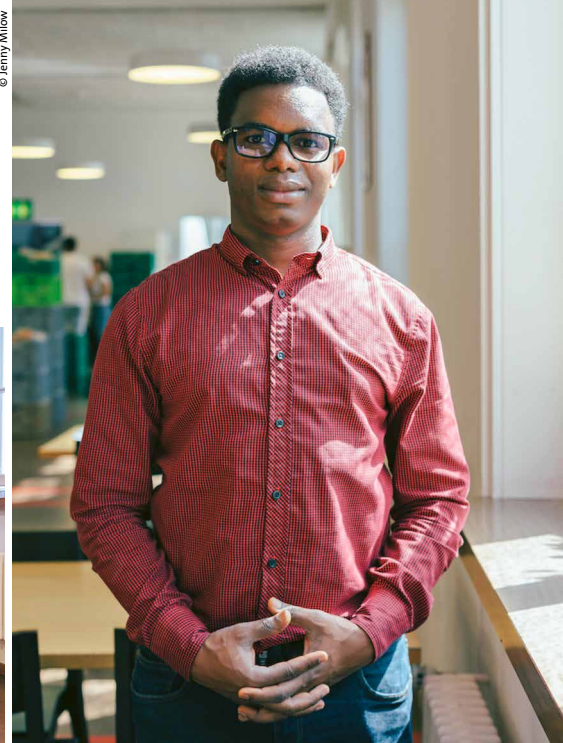
Einer, der sofort erkannte, was die neuen Umstände für die Sans-Papiers bedeuten, ist Amine Diare Conde. Der junge Mann aus Gui-

«Wir wollten Essen verteilen, nicht Corona.»

Amine



Dachte an jene, «die es nicht so gut haben wie ich»: Amine Diare Conde in Zürich.



nea ist schon fast schon eine Berühmtheit, zumindest in Zürich und sicher bei den Asylsuchenden der Stadt. Amine erzählt, wie er am 16. März, als der Lockdown begann, einkaufen wollte. «Ich sah, wie die Leute ihre Einkaufswagen mit Lebensmitteln und WC-Papier vollstopften. Da fragte ich mich, wie wohl andere Sans-Papiers, die es nicht so gut haben wie ich, diese Tage überleben würden.»

Andere, denen es nicht so gut gehe wie ihm – das erwähnt Amine immer wieder. Als 16-Jähriger allein aus seinem Heimatland durch die Wüste Richtung Europa geflüchtet, kam Amine vor sechs Jahren in die Schweiz. Hier wurde sein Asylantrag umgehend abgelehnt, seither müsste er das Land eigentlich verlassen. «Anfangs hielt ich die Ungewissheit fast nicht aus. Aber ich wollte nicht aufgeben. Also begann ich mich zu informieren und zu engagieren.» In bis zu 15 Projekten gleichzeitig arbeitet er als Freiwilliger. Inzwischen spricht er fast fehlerlos Deutsch und holt den Schulabschluss nach.

Achteinhalb Franken pro Tag | «Ich hatte auf der Flucht erfahren, was Hunger ist. Die meisten abgewiesenen Flüchtlinge müssen in der Notunterkunft wohnen und erhalten nur 8.50 Franken Nothilfe pro Tag. Davon kann niemand wirklich leben, die meisten brauchen zusätzliche Hilfe. Aber woher sollten sie sie nun bekommen?»

Amine beschloss, aktiv zu werden. Nach unzähligen Telefonaten schaffte er es, mehr als 5000 Mahlzeiten eines Verpflegungsdienstes für die nun geschlossenen Kindertagesstätten aufzutreiben und in der Autonomen Schule Zürich eine Lebensmittelabgabe auf die Beine zu stellen. «Wir rechneten mit rund 500 Personen, aber es kamen viel, viel mehr.» Rund 70 Freiwillige helfen seither Samstag für Samstag bei «Essen für Alle» mit, wie Amines Projekt jetzt heisst. Hunderte Kisten werden aus den Lieferwagen gehievt, die Waren ausgebreitet und die Abgabe organisiert – nun in jener Kantine in Altstetten, da die Autonome Schule ihre Räume wieder selbst benötigt. Die Stiftung Pfarrer Sieber, die mittlerweile das Patronat übernommen hat, stellte die neue Lokalität zur Verfügung.

Dank Geldspenden und weiterhin vielen Naturalspenden kommt genug zusammen, um jede Woche an die tausend Menschen mit dem Nötigsten zu versorgen. Insgesamt kann Amine mittlerweile auf ein Netz von mehr als 300 Freiwilligen zurückgreifen, alle gespeichert in seinem Handy, das unablässig klingelt.

Um den Schutz vor Corona zu gewährleisten, entwickelte man ein Hygienekonzept. Von einem Hilfswerk wurden ausreichend Masken gespendet, «denn wir möchten ja Essen verteilen, nicht Corona», sagt Amine mit einem breiten Grinsen. Damit die Warteschlangen nicht zu lang werden, darf pro Familie nur noch eine Person in einem bestimmten Zeitfenster anstehen. Als «Ordnungshüterin» amtet an diesem Samstag Gina, eine junge Schweizerin, die «einfach Zeit hatte und etwas Sinnvolles tun wollte.» Sie erklärt den geduldig wartenden Menschen den Ablauf und sorgt

Tatiana Lista Auderset freut sich über die Weiterführung der Lebensmittelhilfe in Genf.





© David Fürst

Louise Frey hat mit anderen HelferInnen Hunderte Sandwichs gestrichen.

dafür, dass sich alle die Hände desinfizieren und hinter den Abstandsmarkierungen bleiben.

200 Tonnen Esswaren | Auch in Genf startete die Verteilung von Nahrungsmitteln Mitte März zunächst in kleinem Rahmen. «Den Anfang machte Silvana Mastromatteo, die sich in der Caravane de Solidarité schon lange für Sans-Papiers engagiert», erzählt Tatiana Lista Auderset, die wenig später dazustösst. «Silvana und ihr Mann gaben nach Ausbruch der Corona-Krise Lebensmittel in der eigenen Garage ab.» Um die Gesundheit der HelferInnen und der Empfän-

«Mein Engagement stützt eigentlich das System.» Louise

gerInnen zu schützen, wurde die Verteilaktion auf einen grossen Platz verlegt. Immer mehr Menschen kamen, was schliesslich die Polizei auf den Plan rief. «Ich hörte davon, dass die Aktion gestoppt werden musste, weil Silvana verhaftet worden war», erzählt Tatiana. Sie kontaktierte verschiedene Organisationen, um eine eigene Verteilaktion aufzubauen. Ärzte ohne Grenzen bot an, alle logistischen und sanitären Aspekte zu regeln. «Mitte April trafen wir uns dann zu einer ersten Lebensmittelverteilung in einer Schule. Eins führte zum anderen, und so wurde ich Koordinatorin der Freiwilligen.»

«Anfangs hatten wir 650 Lebensmittelpakete», erzählt Tatiana. «Es kamen aber doppelt so viele Menschen, die Schlange erstreckte sich über mehrere Kilometer. Da wurde uns klar, wie gross die Not wirklich war. Wir gingen alle schockiert nach Hause.»

In den folgenden Wochen wechselte man wieder den Ort. Freitags wurden Lebensmittel, Babynahrung sowie Hygieneprodukte verpackt und samstags wurden diese Waren dann verteilt – mittlerweile mehr als 15 000 Pakete, rund 200 Tonnen Esswaren. «Dank Mund-zu-Mund-Propaganda meldeten sich immer mehr, die helfen wollten.» Normalerweise seien es Pensionierte, die sich für sol-

che Freiwilligenarbeit engagierten. «Doch jetzt kamen auch Studierende, Leute aus dem Kultursektor, Arbeitslose, ein Lehrer mit seiner ganzen Klasse.»

Ihr Engagement habe sie zutiefst verändert, meint Tatiana. «Mir ist bewusst geworden, wie heuchlerisch die Gesellschaft mit den Papierlosen umgeht, die so zahlreich mitten unter uns leben und denen es an so vielem fehlt.»

Paradoxe Sandwichs | Etwas kürzer als in Genf und Zürich sind die Schlangen in Bern an der Speichergasse bei den Büros der Gassenarbeit. Auch hier werden zwei Mal pro Woche Mahlzeiten und Hygieneprodukte abgegeben, auch in der Bundesstadt ist die Not gross. «Viele wichtige Treffpunkte und Beratungsstellen für Menschen mit Lebensmittelpunkt auf der Strasse mussten geschlossen werden, weil die Abstandsregeln nicht eingehalten werden konnten», erzählt Louise Frey, eine der Freiwilligen. Beratungen fanden nun auf der Strasse statt, auch die Essensabgabe wurde ins Freie verlegt. «Es kamen nun viele uns unbekannte Gesichter, ganze Familien», erzählt die 25-jährige Studentin der Sozialanthropologie. «Da war mein Einsatz eine vergleichsweise kleine Hilfe.» Tagelang strich Louise mit weiteren Freiwilligen Hunderte von Sandwichs. «Es war ziemlich paradox», erinnert sie sich. «Von geschlossenen Restaurants erhielten wir edle Ware, die diese nicht mehr verwenden konnten. So machten wir Sandwichs mit Spezialbrot, Feigensenf und ähnlichem teurem Zeug.»

Louise sieht ihr Engagement auch kritisch: «Es wäre Aufgabe des Staats, jenen Menschen zu helfen, die durch die Maschen fallen. Mit Corona wurden diese Löcher in den Maschen noch viel grösser.» Der Staat rechne mit der Freiwilligenarbeit, ist sie überzeugt. «Wir sind das Pflaster für seine Versäumnisse. Ich habe Angst, dass es durch unser Engagement aussieht, als wäre das <Problem> gelöst. Ich bin bereit, diese Arbeit zu leisten, ich habe Zeit und bin privilegiert. Aber ich finde, das Leid muss sichtbar werden, es muss allen klar werden, dass es besteht und warum.» |

Stellvertretend für viele

Vor fast drei Jahrzehnten wurde N. I. Sequoyah in den USA zum Tode verurteilt. Bis heute wartet der Angehörige der Cherokee auf sein Berufungsverfahren. Der Schweizer Verein fos*ters setzt sich dafür ein, dass der Verurteilte juristisch kompetent vertreten wird. Dieses Jahr brachte ein Entscheid der Interamerikanischen Kommission für Menschenrechte eine erfreuliche Wendung.

Von Sarah Batschelet und Xenia Rivkin

Claudio Marinucci kann sich ganz genau an das Datum erinnern, an dem er zum ersten Mal von N. I. Sequoyah hörte: Es war der 22. Oktober 1992. «Ich packte gerade für eine Reise in die USA, als ich in <10 vor 10> eine Reportage über diesen Fall sah und realisierte, dass Sequoyah in San Francisco, meinem Reiseziel, inhaftiert ist», erzählt der pen-

sionierte Ingenieur, der in Rom aufgewachsen ist, aber seit 44 Jahren in der Schweiz lebt. «Ich wusste sofort, dass das <mein> Fall ist.»

N. I. Sequoyah (geboren als Billy Ray Waldon; kurz: Sequoyah) war im Februar 1992 in Kalifornien in erster Instanz zum Tode verurteilt worden. Zur Last gelegt wurden ihm Mord,



Claudio Marinucci in seinem Garten in Wettingen mit einem Teil der Akten zum Fall von N. I. Sequoyah, die sich über die Jahre bei ihm angesammelt haben.

Vergewaltigung und Einbruch, die er während weniger Tage im Dezember 1985 in San Diego begangen haben soll.

Der Cherokee hatte bis zu seiner Verhaftung ein abwechslungsreiches Leben. Er reiste und war Esperanto-Sprachspezialist. In den 1980er-Jahren hatte er in der US-Marine im Südpazifik und in Europa gedient. Seine Schweizer Ehefrau Birgitta Sequoyah vermutete, der Prozess sei politisch motiviert, weil sich ihr Mann als Aktivist für die Rechte der indigenen Bevölkerung Nordamerikas eingesetzt hatte.

Nach dem Urteil brachte sie den Fall an die Öffentlichkeit – auch das Magazin von Amnesty International Schweiz berichtete darüber. Amnesty International bezeichnete den Prozess damals als «willkürlich, diskriminierend und ungerecht». Fast 29 Jahre später sitzt Sequoyah immer noch in der Todeszelle des kalifornischen Staatsgefängnisses San Quentin und wartet auf seine Berufungsverhandlung. Ob er die ihm vorgeworfenen Verbrechen verübt hat, ist umstritten. «Ich kann nicht beweisen, dass er unschuldig ist», sagt Claudio Marinucci. Unbestritten ist jedoch, dass der Angeklagte seinen Prozess verlor, weil er sich als juristischer Laie selbst vor Gericht vertrat. Es gelang ihm nicht, seine Behauptungen zu untermauern, wonach der Prozess gegen ihn ein politisches Manöver sei. Die Staatsanwaltschaft ihrerseits hatte weder forensische Beweise noch ein Motiv, stützte sich aber auf gestohlenen Eigentum, das in Sequoyahs Auto gefunden worden war, und auf fragwürdige Zeugenaussagen.

Global vernetzt | Nachdem Claudio Marinucci, seit



Mitglieder von fos*ters im November 1994.

1979 aktives Mitglied von Amnesty International, auf den Fall aufmerksam geworden war, traf er sich mit Birgitta Sequoyah. Er gründete gemeinsam mit weiteren Freiwilligen die Organisation fos*ters (friends of sequoyah * team research switzerland), um die gesetzlichen Rechte Sequoyahs zu schützen. fos*ters konnte eine Zusammenarbeit mit humanitären Institutionen etablieren und

Entscheidungsträger davon überzeugen, den Fall kritisch zu untersuchen. Sogar der damalige Bundesrat Flavio Cotti

Sarah Batschelet ist ein fos*ters-Mitglied.

Xenia Rivkin ist Rechtsanwältin, Mitglied der Menschenrechtskommission des Genfer Anwaltsverbands und der Subgruppe für die Abschaffung der Todesstrafe. Sie war von 2011 bis 2015 im Vorstand von Amnesty Schweiz.

empfang fos*ters zwei Mal. Daneben sammelte die Organisation Spenden und veranstaltete Benefizkonzerte.

Dann aber ging es nicht mehr richtig vorwärts, und Claudio Marinucci war schon fast bereit, die Sache abzuschliessen. In den Ferien auf Elba traf er jedoch zufällig einen britischen Anwalt, der den Kontakt zu einer weltweit renommierten Menschenrechtsorganisation herstellte, zum Bar Human Rights Committee (BHRC). Später kam auch die kalifornische Organisation Human Rights Advocates (HRA) ins Spiel. Philip Sapsford von BHRC erwies sich als Schlüsselfigur, um die Anliegen von fos*ters zu unterstützen. Nachdem Marinuccis Ferienbekanntschaft den Kontakt zu ihm hergestellt hatte, war Sapsford jahrelang der einzige Anwalt, mit dem Sequoyah in Kontakt stand. Daneben arbeitete fos*ters auch mit dem Office of the State Public Defender zusammen, einer staatlichen Institution, die Angeklagte in Berufungsverfahren gegen die Todesstrafe unentgeltlich vertritt. Sie legte im November 2012 Berufung beim zuständigen Gericht in Kalifornien ein. Eine Entscheidung wird voraussichtlich nicht vor 2023 fallen. Sequoyah trug selbst in keiner Weise zu den Verzögerungen bei. Das Gericht hat die Akten nachlässig geführt, es gab Wechsel unter seinen Pflichtverteidigern, und die Stadt San Diego hat bereits zugegeben, fahrlässig gehandelt zu haben, weil wesentliche Prozessunterlagen verschwunden sind.

Das «Todeszellen-Phänomen» | Die verzögerte Hinrichtung, die jahrelange Bedrohung durch das Todesurteil und die Bedingungen im Todestrakt haben psychologische und körperliche Auswirkungen auf zum Tod Verurteilte. Dieses «Death Row Phenomenon» hat in den USA zu rechtlichen Bedenken hinsichtlich der Verfassungsmässigkeit der Todesstrafe geführt: Denn eine Hinrichtung nach anhaltender Verzögerung unter schweren Haftbedingungen stellt nach Ansicht verschiedener Menschenrechtsorganisationen eine grausame und unmenschliche Bestrafung dar.

Im Lauf der Jahre haben sich Sequoyahs Gesundheitszustand und seine psychische Verfassung verschlechtert. Er hat zunehmend Wahnvorstellungen und äussert starkes Misstrauen auch gegenüber seinen engsten UnterstützerInnen. Zuletzt gab es jedoch Anzeichen für eine Besserung. «Ich habe ihn im Oktober 2019 zum vierzehnten Mal besucht», erzählt Claudio Marinucci. Jedem Besuch gehen viele Formalitäten voraus, und es ist keine leichte Sache, in San Quentin einem zum Tod Verurteilten gegenüberzutreten. «Beim ersten Mal bin ich fast ohnmächtig geworden. Ich traf Sequoyah in einem grossen Raum, wo sich viele Gefangene befanden. Bei meinem letzten Besuch wirkte er entspannter. Ich glaube, er hat zu einer Art Frieden mit seiner Situation gefunden.» Wann Marinucci Sequoyah das nächste Mal besuchen

kann, ist wegen der Corona-Pandemie noch unklar. Bis Redaktionsschluss sind 30 Häftlinge und Wärter nach einer Infektion mit dem Coronavirus gestorben. Auch Sequoyah wurde positiv getestet und hatte leichte Symptome.

Ein Meilenstein | Der britische Anwalt Philip Sapsford stellte den «Fall Sequoyah» Connie de la Vega vor, einer Professorin für internationales Recht an der Universität von San Francisco. Zwei Entscheidungen des höchsten amerikanischen Gerichtshofs sind auf ihre Arbeit zurückzuführen: die Abschaffung der Todesstrafe für jugendliche StraftäterInnen und die Abschaffung der lebenslangen Strafe ohne Bewährung für jugendliche StraftäterInnen nach Tötungsdelikten. Im Februar 2007 hatte Professorin de la Vega den Fall Sequoyahs vor die Interamerikanische Menschenrechtskommission (IACHR) gebracht. 2020 befasste sich die Kommission abschliessend damit und entschied zugunsten des Verurteilten. Sie befand nicht nur, dass das Recht auf ein Gerichtsverfahren ohne Verzug verletzt worden sei, sondern kam auch zu dem Schluss, dass die USA Sequoyahs Recht auf Leben, Freiheit und Sicherheit, sein Recht auf ein faires Verfahren, sein Recht auf Berufung, sein Recht auf Schutz vor willkürlicher Verhaftung sowie sein Recht auf ein ordnungsgemässes Verfahren verletzt haben. Die Kommission empfahl den USA, Sequoyahs Todesurteil in eine Haftstrafe umzuwandeln und ein generelles Hinrichtungsmoratorium zu verabschieden. Die Entscheidung der Interamerikanischen Menschenrechtskommission stellt einen Meilenstein dar, was die Anerkennung des «Death Row Phänomenon» als unmenschliche und unwürdige Behandlung betrifft. Dieser Entscheid bedeutet nicht nur Hoffnung für Sequoyah, sondern auch für viele andere zum Tod Verurteilte in den USA.

Hartnäckig bleiben | 30 Jahre sind eine lange Zeit für ein freiwilliges Engagement. Wie motiviert sich Marinucci seit 1992 für seinen hartnäckigen Einsatz? «Ich bin Wissenschaftler – Wissenschaftler bringen Sachen gerne zu Ende», sagt er. Im Lauf der Jahre haben sich in Sequoyahs Fall 35 000 Seiten an Akten angesammelt. Claudio Marinucci kämpft weiter, damit der Gefangene eine kompetente Unterstützung für ein faires Berufungsverfahren bekommt. Er hält

1998: Fünfter Besuch von Claudio Marinucci (links) bei N. I. Sequoyah (Mitte) im Kontakt-Besuchssaal des Todestrakts von San Quentin.



Zehnter Besuch bei N. I. Sequoyah in einem der Käfige für Kontaktbesuche, die nach Unruhen im Januar 2000 eingeführt worden waren (November 2003).



weiterhin die Fäden zusammen zwischen all den Organisationen, die sich für Sequoyah einsetzen. Die IACHR-Entscheidung gibt dem zweifachen Vater und Grossvater neuen Auftrieb. Er möchte auch jüngeren Aktivisten und Aktivistinnen Mut machen: «Meine Geschichte zeigt doch, dass es sich lohnt, nicht vorschnell aufzugeben.»

Den IACHR-Bericht finden Sie unter www.amnesty.ch/magazin-dezember20

Claudio Marinucci nach dem 14. Besuch bei N. I. Sequoyah in San Quentin (Oktober 2019).



Amnesty ermittelt digital

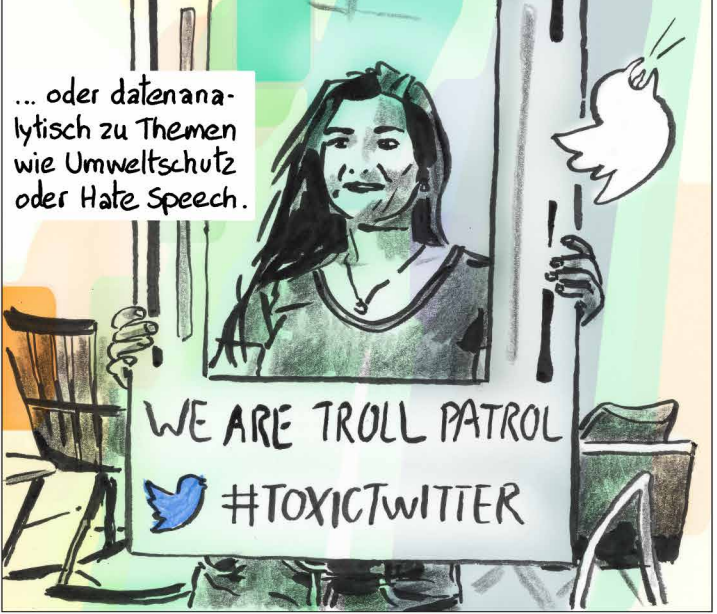
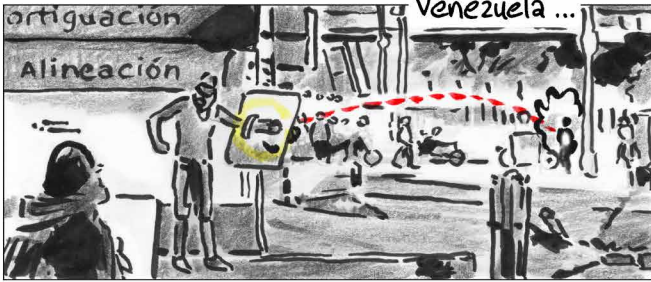
Von Oliver Grajewski

Seit September 2018 gibt es das Evidence Lab bei Amnesty International. Ein kleines Team, das aber auch das digitale Verifizierungskorps (DVC, im Bild) betreut.

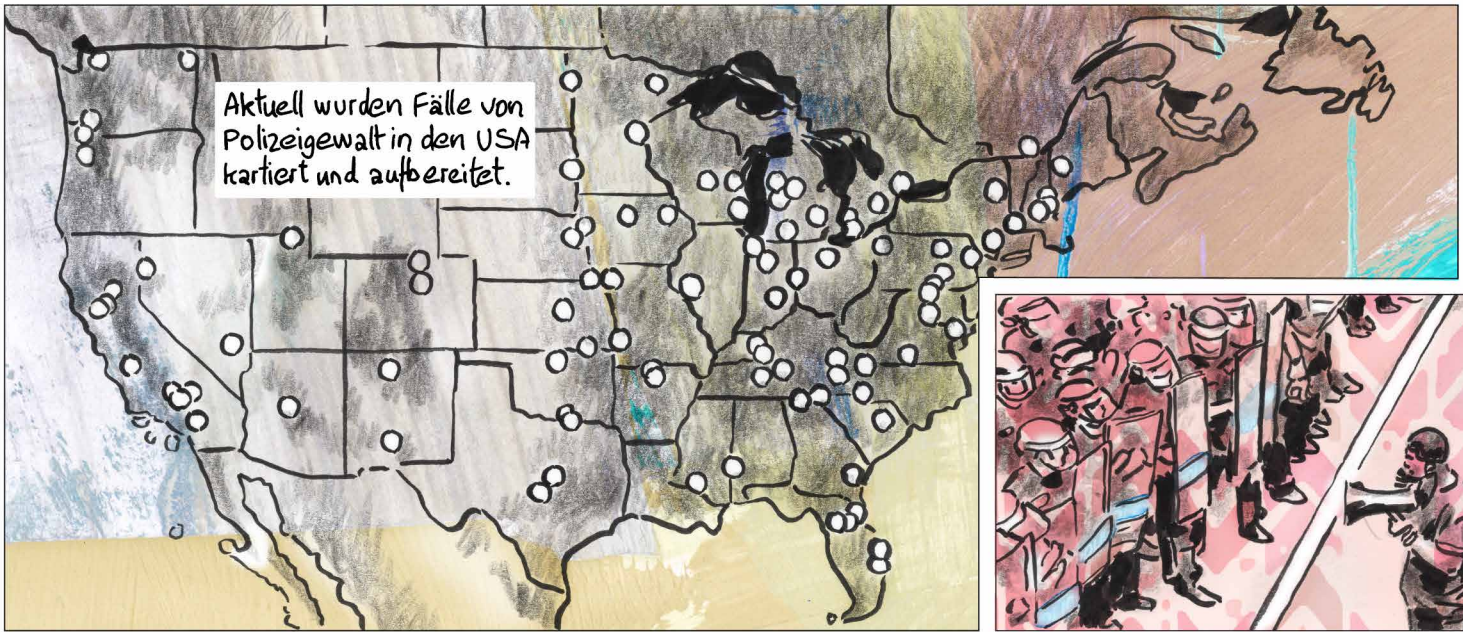




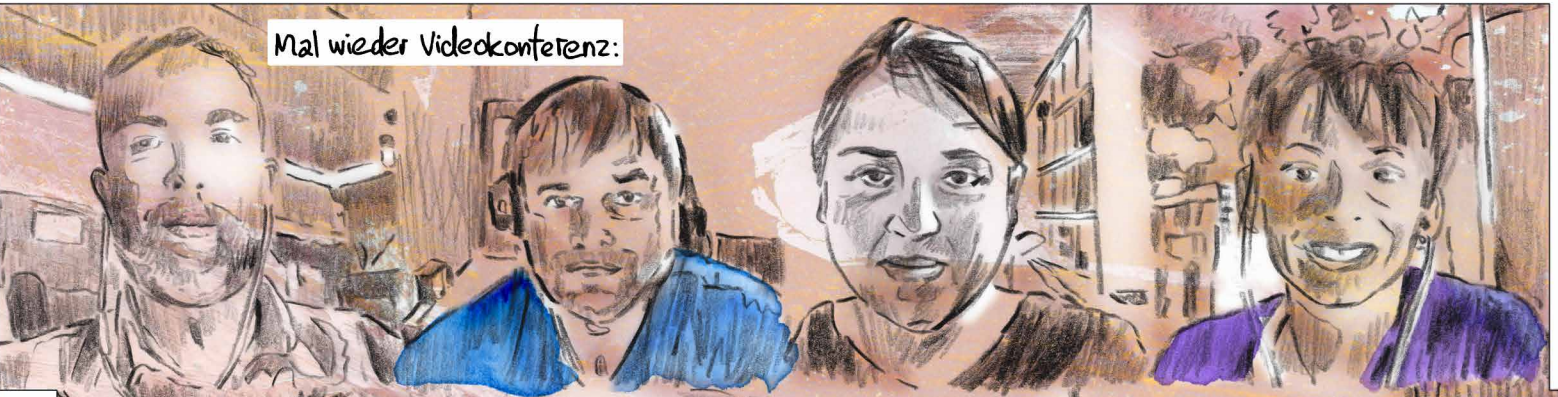
... und Venezuela ...



... oder datenanalytisch zu Themen wie Umweltschutz oder Hate Speech.



Aktuell wurden Fälle von Polizeigewalt in den USA kartiert und aufbereitet.



Mal wieder Videokonferenz:



Auch das Evidence Lab bekam die Folgen von Covid-19 zu spüren.

Am Bildschirm Verbrechen aufdecken

Die beiden vorangehenden Seiten haben in Bildern die Arbeit des Evidence Lab von Amnesty International vorgestellt. Im Interview geht der Leiter Sam Dubberley weiter ins Detail.

Interview: Carole Scheidegger

► **AMNESTY: Wie geht das Evidence Lab konkret vor? Zum Beispiel wenn Sie den Einsatz von Tränengas oder die Polizeigewalt in den USA untersuchen?**

◄ **Sam Dubberley:** Für die Recherche zum Tränengas haben wir zuerst die Studierenden unseres Digital Verification Corps (DVC) beigezogen. Wir baten sie, Hinweise in Videos zu finden, und gaben ihnen eine Liste von Ländern, in denen wir Missbräuche vermuteten. Die Studierenden suchten nach Hinweisen für Menschenrechtsverletzungen und fanden heraus, wann und wo ein Video genau gefilmt worden war, an welcher Strassenecke in Chile etwa. Danach suchten wir Quellen, die die Informationen bestätigen. Anschliessend folgte die Analyse durch das Evidence Lab: Wie genau wurde das Tränengas eingesetzt? Wurde auf jemandes Kopf gezielt? Lag ein übermässiger Einsatz vor oder wurden Leute angegriffen, die besonders verletzlich sind im Hinblick auf

«In Myanmar konnten wir zeigen, dass die Menschenrechtsverletzungen weitergehen. Damit stoppen wir diese Vergehen zwar nicht sofort. Aber wir werfen ein Licht darauf, und die Verantwortlichen wissen, dass ihnen jemand auf die Finger schaut.»

den Einsatz von Tränengas? Dann klärte unser Waffenfachmann ab, welches Tränengas genau eingesetzt worden war und aus welchem Land es stammte.

Zu Beirut schauten wir Videos von Leuten vor Ort an und verifizierten die Szenen. Darauf ist zum Beispiel zu sehen, wie das Militär mit Tränengas oder Gummikugeln auf die Köpfe von Leuten zielte. Das ist sehr gefährlich und deshalb in Menschenrechtsverträgen untersagt. Bei anderen Berichten arbeiten wir eher mit Satellitenbildern, so konnten wir zum Beispiel illegale Waldrodungen in Brasilien nachweisen oder die Auswirkungen von Luftangriffen im Jemen.

Ausserdem konzipiert das Evidence Lab jeweils die Art der Veröffentlichung: Wir wollen unsere Erkenntnisse auf eine leicht zugängliche Art publizieren. Beim Bericht zu Polizeigewalt in den USA haben wir zum Beispiel eine Online-Karte erstellt, auf der zu sehen ist, wo welcher Vorfall stattfand.

► **Was ist das Digital Verification Corps?**

◄ Es ist ein globales Netzwerk, mit dem wir Studierenden beibringen, Videos und Fotos zu überprüfen, die möglicherweise Menschenrechtsverletzungen zeigen. Sieben Universitäten an verschiedenen Orten der Welt sind beteiligt, insgesamt machen etwa 100 Studierende mit. Daneben gibt es das Programm der Decoders. Diese helfen uns, grosse Datensätze zu bearbeiten; ihre Aufgaben sind aber einfacher: Es geht vorwiegend um Ja/Nein-Antworten.

► **Die Studierenden des DVC werden teilweise mit gewalttätigem Bildmaterial konfrontiert.**

◄ Wir ermöglichen den Studierenden Supervision, damit sie lernen, mit diesen Bildern umzugehen. Und wir versuchen sicherzustellen, dass sie nicht zu viel Gewalt sehen. Um für uns aktiv zu sein, ist der Umgang mit Bildern von Menschenrechtsverletzungen leider notwendig. Aber wir kümmern uns um die Studierenden.

► **Wie geht es Ihnen selbst, wenn Sie solche Videos anschauen müssen?**

◄ Es ist natürlich nicht leicht. Aber es gehört zum Beruf. Ich habe früher fürs Fernsehen gearbeitet, ich bin seit 20 Jahren mit schlimmen Bildern konfrontiert. Ich musste lernen, wie

ich damit umgehen kann. Es gibt immer noch Bilder, die mich erschüttern, und ich trage auch mir selbst Sorge.

► **Videos können gefälscht werden. Wie stellen Sie sicher, dass Sie nicht auf manipuliertes Material hereinfallen?**

◀ Es ist von zentraler Bedeutung, dass wir es nicht einfach bei der Analyse von Videos belassen. Amnesty International macht weiterhin die herkömmliche Menschenrechtsarbeit, zum Beispiel Leute interviewen. Das ist ja zum Glück auch während eines Lockdowns möglich, beispielsweise mit einer sicheren Verbindung per Internet. Wir checken unsere Informationen immer gegen, bevor wir sie veröffentlichen. Ausserdem gilt im Moment noch, dass die Technologie für Fälschungen nicht perfekt ist. Ein geübtes Auge sieht rasch, wenn ein Video manipuliert wurde. Die perfekte Fälschung eines ganzen Videoclips ist praktisch nur auf Hollywood-Niveau möglich.

► **Wie macht Ihre Arbeit die Welt besser?**

◀ Wir zeigen Menschenrechtsverletzungen, von denen die Leute sonst nichts wissen würden oder die von den Staaten abgestritten würden. Kürzlich haben wir eine Recherche zu Mozambique veröffentlicht, darüber wird sonst nicht oft berichtet. Wir konnten mit Videos, anderen technischen Mitteln und mit Interviews belegen, dass der Staat dort Menschenrechtsverletzungen begeht. In Myanmar konnten wir zeigen, dass die Menschenrechtsverletzungen weitergehen. Damit stoppen wir diese Vergehen zwar nicht sofort. Aber wir werfen ein Licht darauf, und die Verantwortlichen wissen, dass ihnen jemand auf die Finger schaut. Nach unserer Recherche zu den Black-Lives-Matter-Protesten wurden unsere Kollegen vor Ort zu Meetings mit Entscheidungsträgern eingeladen oder haben vor dem US-Kongress gesprochen. Selbst wenn die Vergehen nicht sofort aufhören, können unsere Ergebnisse später dazu dienen, Gerechtigkeit für die Opfer und ihre Familien einzufordern. Dazu kommen die vielen Studierenden, die wir dazu ausbilden, die Menschenrechte zu verteidigen. So tragen sie unsere Botschaft weiter. Auch unterstützt Amnesty andere Organisationen dabei, zeitgenössische Technologien für die Menschenrechtsarbeit einzusetzen.

© AI



Sam Dubberley leitet das Evidence Lab von Amnesty International. Er hat das Digital Verification Corps aufgebaut. Sam Dubberley ist zudem Research Consultant am Menschenrechtszentrum der Universität von Essex. Zuvor war er im Journalismus tätig.

Weitere Informationen: citizenevidence.org

► **Sind neue Technologien eher eine Gefahr oder eine Chance für die Menschenrechte?**

◀ Das ist schwierig zu beantworten. Die sozialen Medien führen einerseits zu Problemen und können einer Demokratie schaden. Andererseits decken die Leute heute mit einer Kamera und einem Mobiltelefon Menschenrechtsverletzungen auf. Dank neuer Technologien wissen wir heute über Verbrechen Bescheid, die vor 40 Jahren unbeachtet stattgefunden hätten. Und die Technologie hilft uns, viel grössere Mengen an Daten zu bearbeiten. Wir können Sachen machen, die zuvor unmöglich waren. Insgesamt sehe ich die Möglichkeiten positiv. |

«Wir wollen unsere Erkenntnisse auf eine leicht zugängliche Art publizieren.»

Für mehr Vielfalt in den Medien

In den Redaktionen deutscher Medien blieben migrantische Perspektiven lange aussen vor. Die Neuen deutschen Medienmacher*innen arbeiten seit Jahren daran, das zu ändern.

Von Klaus Ungerer (Text) und Michael Danner (Fotos)

«**S**ie haben in Moskau und in Berlin gelebt. Warum wollen Sie jetzt Ihr Volontariat hier bei einem lokalen Medium machen?» Das ist eine Frage, mit der sich beim Bewerbungsgespräch Verunsicherung einstellen könnte: «Hm, ja, was mache ich hier eigentlich?»

Noch vor einem guten Jahr hätte Alina Ryazanova es nicht gewagt, sich bei deutschen Medien um ein Volontariat zu bewerben. «Ich hätte immer gedacht: Es gibt ja so viele Deutsche», sagt die 26-Jährige. Vor einem guten Jahr war sie mit ihrem Journalistik-Bachelor aus Moskau nach Deutschland gekommen und wollte hier ihren Master machen. Alina Ryazanova ist ein wacher Geist, sie hat als 16-Jährige in «Nowaja Schisn», ihrer Lokalzeitung in Moschaisk, eine Jugendseite gegründet und geleitet. Sie hat viel journalistische Erfahrung und spricht perfekt Deutsch, doch um sich hier zu bewerben, fehlte ihr das Selbstvertrauen. Zunächst. Dann nahm sie am Mentoringprogramm der Neuen deutschen Medienmacher*innen (NdM) teil.

Die Neuen deutschen Medienmacher*innen sind ein Zusammenschluss von Medienschaffenden mit und ohne Migrationsgeschichte. Der Verein wurde 2008 gegründet und ist mittlerweile eine Institution. Zunächst waren es jedoch nur ein paar Journalistinnen und Journalisten, die sich zumeist untereinander kannten und in Berlin einen Stammtisch hatten. Bei diesen Treffen gab es Unmut über all die einseitigen Geschichten in den deutschen Medien, in denen die Migrationsperspektiven praktisch nie vorkamen. Wie oft noch würde man mit Diversitätsthemen in den Redaktionen abblitzen, weil die ja ein Nischenprodukt seien? Wie oft würde man noch kopfschüttelnd die wohlfeile Klage aus den Medienhäusern hören müssen: Ja doch, gern würde man geeignete Bewerber aus Einwandererfamilien einstellen – aber die gebe es halt nicht.

Ernstgenommen werden | 2008 organisierten Konstantina Vassiliou-Enz, die heutige Geschäftsführerin der NdM, und ihre Mitstreiterinnen und Mitstreiter eine Veranstaltung, zu der 200 Journalistinnen und Journalisten aus

ganz Deutschland anreisten. Alle hatten dasselbe Problem – sie wurden ausgegrenzt. Doch das Anliegen liess sich nicht mehr ignorieren. Die Freudenberg-Stiftung wollte die Initiative finanziell unterstützen, deshalb musste ein offizieller Kanal geschaffen werden. So taten sie seufzend das Deutscheste, das sich vorstellen liess, und gründeten 2009 einen Verein.

Ein Jahr später starteten die Neuen deutschen Medienmacher*innen dann ihr Mentoringprogramm, das seit 2016 von Rebecca Roth koordiniert wird. Sie bringt eine Mentorin oder einen Mentor mit einem Mentee zusammen und achtet darauf, dass die Chemie zwischen den beiden stimmt. Sie sollen möglichst nah beieinander wohnen, für ein ähnliches Medium arbeiten und ähnliche Schwerpunkte in ihrer Arbeit haben. Dann gibt es ein erstes Treffen. Und wenn das gut gelaufen ist, wird man ein Tandem.

Bei Alina Ryazanova und ihrem Mentor Daniel Schulz von der Tageszeitung taz hat die Chemie gestimmt: «Er ist ein netter, offener Mensch und auch sehr professionell», erzählt Alina Ryazanova. Sie konnte ihn immer fragen, und er fand Zeit, nahm sie als Kollegin ernst und half ihr.

Ausgeblendet | Der Verein der Neuen deutschen Medienmacher*innen wuchs rasant – zunächst hatte er nur einen Schreibtisch in einer befreundeten Agentur, heute verfügt er über eigene Räume und hat um die 30 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter. Es gibt eine Kartei von Expertinnen und Experten namens «Vielfaltfinder», die für mehr Diversität in deutschen Redaktionen gesorgt hat. Zahlreiche Institutionen unterstützen die Initiative mittlerweile. Grosse Wirkung hatte auch das «NdM-Glossar», ein jährlich aktualisiertes Kompendium, das problematische und diskriminierende Begriffe auflistet und Alternativen vorschlägt.

Einiges hat sich in den vergangenen Jahren zum Besseren verändert. «Dennoch», sagt Konstantina Vassiliou-Enz, «Deutschland ist seit so vielen Jahren Einwanderungsland, es muss noch viel mehr geschehen. Immer noch werden viele Perspektiven oder Lebenswelten gar nicht gesehen und kommen darum auch nie in den Medien vor.» Vassiliou-Enz wird



Sie bringen neue Sichtweisen in die Medien: Alina Ryazanova, Konstantina Vassiliou-Enz und Rebecca Roth (v.l.).

häufig von Redaktionen zu Blatt- und Sendekritiken eingeladen und stellt immer wieder fest, dass viele gar nicht merken, dass sie nur für eine bestimmte Zielgruppe stehen und berichten.

Inzwischen hat der Verein ungefähr 220 Mentees unterstützt, darunter sehr viele Frauen und viele ExiljournalistInnen. «Das Empowerment, die Kontakte, auch der Mentees untereinander, sind ein ganz wichtiger Teil des Mentoringprogramms, viel wichtiger, als wir zuerst dachten», sagt Konstantina Vassiliou-Enz. Dass sie wertvolle Ressourcen anzubieten haben, mussten fast alle Mentees erst lernen. Wie will man in Deutschland im Jahr 2020 Journalismus machen, wenn man nur Deutsch und Englisch kann? «Viele Geschichten», sagt Rebecca Roth, «sind ja nicht nur auf Deutschland bezogen. Wenn eine Redaktion niemanden hat, der auf Arabisch recherchieren kann, dann sieht sie alt aus.»

Hürden überwinden | Vor einem guten Jahr noch hatte Alina Ryazanova nicht gedacht, dass sie eine Chance auf ein Volontariat haben würde, die Hürden schienen unüberwindbar. Dann kam sie in das Mentoringprogramm, traf viele spannende Personen mit allen möglichen kulturellen Hintergründen – und war selbst eine davon. Sie habe dort viele Freundinnen gefunden, erzählt die Journalistin. Sie halfen sich gegenseitig, machten sich Mut, simulierten Bewerbungsgespräche.

«Sie haben in Moskau und in Berlin gelebt. Warum wollen Sie jetzt Ihr Volontariat hier bei einem lokalen Medium machen?» Als diese Frage bei einem Bewerbungsgespräch kam, hatte Alina Ryazanova eine Antwort parat. |

Neue Schweizer Medienmacher*innen

Auch in der Schweiz gibt es seit diesem Sommer «Neue Medienmacher*innen». Inspiriert vom deutschen Vorbild, engagiert sich ein derzeit sechsköpfiges ehrenamtliches Team. «Fast die Hälfte aller Menschen in der Schweiz hat eine Migrationsgeschichte, die Zusammensetzung der Redaktionen spiegelt diese Realität aber in keiner Weise wider», sagt Anna Jikhareva, Co-Präsidentin der Neuen Schweizer Medienmacher*innen (NCHM*) und Redaktorin bei der WOZ. «Hinzu kommt, dass migrantische Realitäten oft als Problem dargestellt werden und dass Menschen mit Migrationsgeschichte in den Medien selten auf Augenhöhe begegnet wird. Das wollen wir ändern.» Die NCHM* publizieren Blogbeiträge, bieten Blatt- und Sendekritiken an, arbeiten an einem Mentoratsprogramm und wollen, sobald es die Corona-Situation zulässt, Netzwerktreffen organisieren. (cas.)

«Eine tolerantere Gesellschaft aufbauen»

Vor anderthalb Jahren entkriminalisierte Botswanas Oberster Gerichtshof homosexuellen Geschlechtsverkehr. Die LGBTI*-Community engagiert sich weiter für ihre Rechte, auch wenn Corona ihr die Arbeit nicht leichter macht. Von Malte Göbel

Etwas mehr als ein Jahr ist es her, dass Lesben, Schwule und Bisexuelle in Botswana feiern durften: Der Oberste Gerichtshof entschied einstimmig, dass das Verbot von gleichgeschlechtlichem Sex verfassungswidrig sei, und begründete das mit den Menschenrechten. Die «menschliche Würde wird verletzt, wenn Minderheiten marginalisiert werden», begründete Richter Michael Elburu damals das Urteil. «Sexuelle Orientierung ist menschlich, es ist keine Modefrage. Private Moral hat nichts mit Gesetzen zu tun. Der Staat kann nicht Sheriff in den Schlafzimmern der Menschen spielen.» Ein «historisches Urteil», befand der Nachrichtensender CNN. Und dieses Urteil sollte im Jahr 2020 positive Auswirkungen auf LGBTI*-Gruppen in anderen Teilen Afrikas haben.

Das Gesetz, das seit 1965 galt, als die damaligen britischen Kolonialherren das Strafgesetzbuch einführten, hatte «fleischliche Handlungen gegen die Natur» mit bis zu sieben Jahren Gefängnis sowie «unanständige Praktiken zwischen Personen» mit bis zu zwei Jahren Gefängnis bestraft. «Homosexualität an sich war in Botswana nie verboten, aber durch die Strafanordnung gab es doch ein gesellschaftliches Stigma», erklärt Bradley Fortuin von der lokalen NGO LeGaBiBo (Lesbians, Gays, Bisexuals of Botswana), die die Klage unterstützt hatte.

Der Generalstaatsanwalt von Botswana hat das Urteil des Obersten Gerichtshofs zwar angefochten, aber Fortuin erwartet nicht, dass die Berufung Erfolg haben wird – immerhin war die Entscheidung einstimmig, und sogar Präsident Mokgweetsi Masisi hatte sich zuvor für die Entkriminalisierung ausgesprochen. «Wie bei allen anderen Staatsbürgern auch müssen die Rechte von Menschen in gleichgeschlechtlichen Beziehungen geschützt werden.»

Malte Göbel ist Textchef der deutschen Wochenzeitung «Freitag» sowie freier Autor und Journalist in Berlin.



«Alle sind betroffen» | Nun waren die diskriminierenden Gesetze weg, das Stigma aber bestand weiterhin. Das sollte sich ändern. «Jetzt können wir endlich damit beginnen, eine tolerantere Gesellschaft aufzubauen», jubelte die LeGaBiBo-Vorsitzende Anna Mmolai-Chalmers auf Twitter. «Die eigentliche Arbeit beginnt jetzt.» Die Entkriminalisierung der Homosexualität sollte der Startschuss sein für die Fünfjahresstrategie «Beyond the Rainbow», die in die Gesellschaft wirken und für 2024 die Öffnung der Ehe und Möglichkeiten zur Adoption erreichen sollte. «Wir wollten den Leuten klar machen, dass die Entkriminalisierung von Homosexualität nicht nur LGBTI* betrifft, sondern alle Menschen! Alle können von diesem Gerichtsurteil profitieren, es geht ja um das Recht auf Privatheit, um grundlegende Menschenrechte für alle.» Die Pläne waren gross.

Doch dann kam Corona mit Lockdown, Kontaktbeschränkungen und weitreichenden Folgen für die Arbeit der NGO. «Wir mussten alle Veranstaltungen absagen», sagt Bradley Fortuin. «Natürlich haben wir versucht, so viel wie möglich davon online zu machen, aber es gibt noch kein 5G-Netz, und das Internet fällt manchmal aus.» Selbst wenn es funktioniert: Das Netz kann persönliche Begegnungen nicht ersetzen. Minderheiten litten besonders unter dem Lockdown. Das gelte besonders für LGBTI*-Personen, die von ihrer Familie, mit der sie zusammenleben, womöglich nicht akzeptiert werden. «Die Nachfrage nach unseren Beratungsangeboten hat sich verdoppelt, wir mussten zwei weitere Berater anstellen, um alles bewältigen zu können», sagt Fortuin.



Eine Premiere: Teilnehmerin der ersten Pride Parade in Gaborone, Botswana, November 2019.

richt die Rechte von transgeschlechtlichen Menschen, nach einer Geschlechtsangleichung auch ihren Personenstand angleichen zu dürfen. Die Rechte des Klägers auf Menschenwürde, Privatsphäre, Meinungsfreiheit, Gleichheit vor dem Gesetz, Freiheit von Diskriminierung sowie unmenschlicher Behandlung seien verletzt worden, erklärte damals der Richter Godfrey Nthomiwa.

In vielen afrikanischen Ländern sind Homosexualität und Transgeschlechtlichkeit stark tabuisiert und gelten als schädlicher Einfluss des Westens. Dabei spielen auch evangelikale Kirchen aus den USA eine Rolle, deren Prediger in Afrika immer wieder gegen Lesben, Schwule und transgeschlechtliche Menschen hetzen. Wie tief Homophobie verankert ist, zeigt das Beispiel Kenia: 2019 entschied ein Gericht, dass die Kriminalisierung von lesbischem oder schwulem Sex nicht der Verfassung widerspreche. Das Gesetz sei keine ungerechtfertigte Diskriminierung, da es nicht Menschen, sondern eine Handlung bestrafe. Zudem schütze es kenianische Kultur und Werte wie Ehe und Familie. Die LGBTI*-Organisationen vor Ort gingen in Berufung, das Verfahren dauert an, dennoch gilt das Urteil als schwerer Rückschlag für die Aktivistinnen und Aktivisten vor Ort.

Hotline gegründet | Der Staat hat die Community kaum unterstützt. «Wir haben von den öffentlichen Stellen gefordert, dass sie sich auch um die LGBTI*-Community kümmern. Meist wurde uns gesagt, man würde zurückrufen, aber dann meldete sich niemand.» Also wurde LeGaBiBo selbst aktiv, schloss sich mit anderen Menschenrechtsgruppen zusammen, etwa Frauenorganisationen, um eine eigene Covid-Taskforce zu gründen und eine Support-Hotline einzurichten.

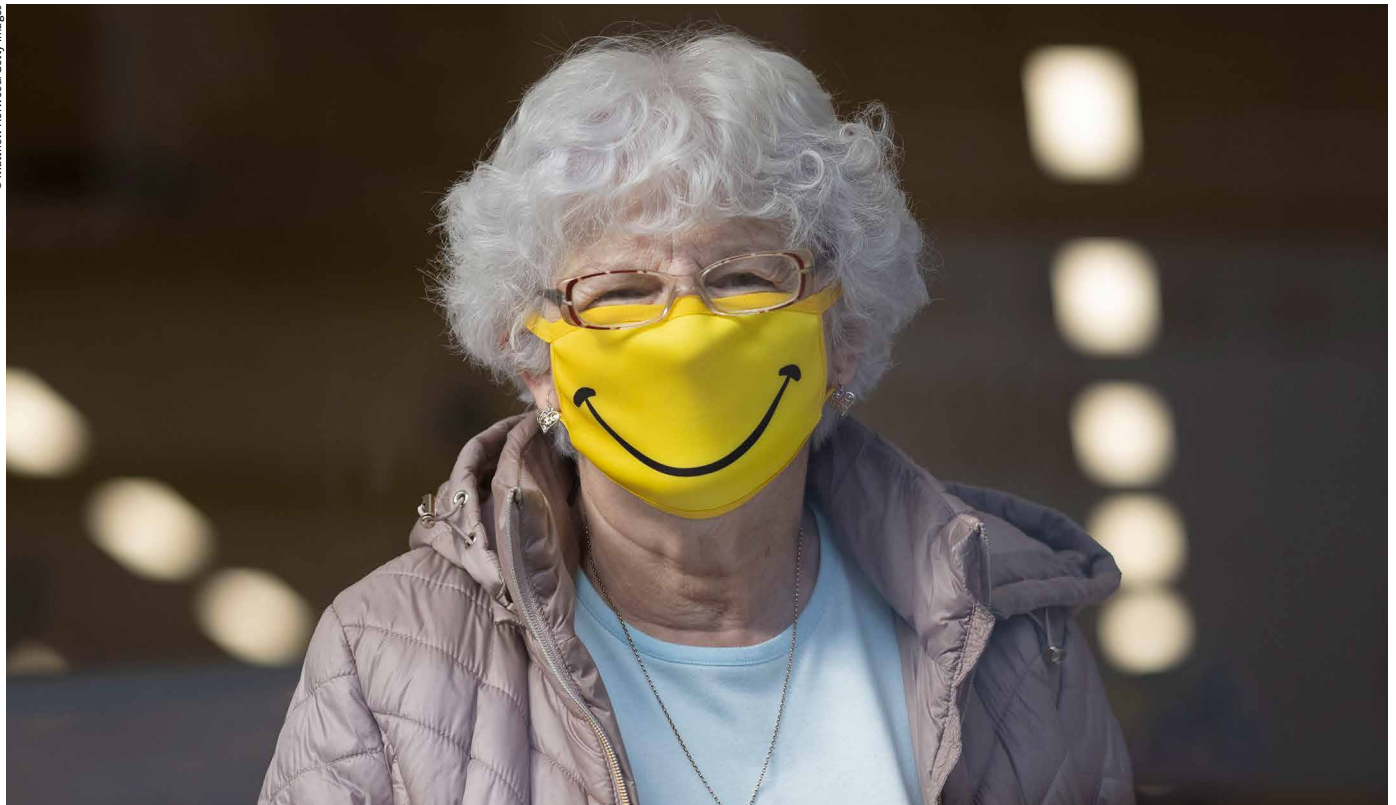
Der Corona-Rückschlag schmerzt, denn bis dahin hatte sich für LGBTI* in Botswana vieles gebessert: Die Entkriminalisierung von Homosexualität war nur eines von mehreren Urteilen, in denen Gerichte mit Verweis auf Menschenrechte die Diskriminierung von LGBTI* abbauten. 2016 konnte sich die NGO LeGaBiBo gegen den Willen der Regierung offiziell als Verein eintragen lassen, was die BBC als «Grundsatzurteil» bezeichnete. 2017 stärkte das Oberste Ge-

«Wir wollten den Leuten klar machen, dass die Entkriminalisierung von Homosexualität nicht nur LGBTI* betrifft, sondern alle Menschen! Alle können von diesem Gerichtsurteil profitieren.»

Bewegung in anderen Ländern | Anderswo gibt das Beispiel Botswanas Hoffnung, etwa der Gruppe LGBT+-Rights Ghana. «Wir haben den Prozess genau beobachtet», sagt ihr Leiter Alex Kofi Donkor. «Und wir verfolgen die gleiche Strategie: Erstmal wollen wir uns als Verein eintragen lassen, der sich für die Menschenrechte von LGBTI*-Menschen einsetzt.» So bald wie möglich wolle man die Unterlagen einreichen. «Und wenn das abgewiesen wird, gehen wir vor Gericht.» Er hofft, dass das bereits eine Diskussion in der Öffentlichkeit auslöst.

Im nächsten Schritt gehe es um die Abschaffung der Gesetze, die gleichgeschlechtlichen Sex verbieten. Gegenwärtig gibt es aber noch praktische Probleme: «Um uns als Verein registrieren zu lassen, brauchen wir die Unterschriften eines Buchhalters und eines Prokuristen», sagt Donkor. Bisher habe sich niemand dafür gefunden.

Einen Schritt weiter sind die Aktivistinnen und Aktivisten in Malawi: Dort befasst sich das oberste Gericht mit der Registrierung der Nyasa Rainbow Alliance (NRA) – die Nyasa sind eine Bevölkerungsgruppe in Malawi. «Wir wissen nicht, wie es ausgehen wird», sagt Eric Sambisa, Vorsitzender der NRA. Die öffentlichen Reaktionen waren eher ablehnend – nach einer Umfrage von 2019 möchten 90 Prozent der Menschen in Malawi keine Lesben oder Schwulen in der Familie haben. «Wir würden gern noch mehr in die Öffentlichkeit gehen, doch dafür fehlt uns das Geld», sagt Sambisa. Unterstützung für das Verfahren kommt vom Southern Africa Litigation Centre, einer südafrikanischen Menschenrechtsorganisation, die bereits die Prozesse von LeGaBiBo in Botswana mitgetragen hat. Auch der irische Botschafter Gerry Cunningham unterstützt die LGBTI*-Bewegung. «Wir hoffen das Beste», sagt Eric Sambisa. |



Gegen den Zwang zur guten Laune

Hat selbst die Corona-Krise ihr Gutes?

Ja, sagt der Philosoph Wilhelm Schmid und fordert ein Menschenrecht auf schlechte Laune. Interview: Lea De Gregorio

► **AMNESTY:** Herr Schmid, wie ist Ihre Laune heute?

◄ **Wilhelm Schmid:** Meine Laune ist meistens relativ gut.

► **Hat die Corona-Situation Ihre Laune verschlechtert?**

◄ Im ersten Moment, als meine Frau und ich in Spanien den totalen Lockdown miterleben mussten, war das ein Absturz, weil wir nicht im Geringsten darauf gefasst waren. Aber dann haben wir uns schnell um das Naheliegende gekümmert. Ich bin heilfroh darüber, dass ein Grossteil der Bevölkerung ohne weitere Dramatisierung einfach tut, was zu tun ist.

► **Also hielt Ihre schlechte Laune nicht lange an?**

◄ Ich komme mit sehr vielen Menschen zusammen und treffe niemanden, der wegen Corona dauerhaft schlechte Laune hat. Bei den Schlechtgelaunten handelt es sich um die paar Prozent, die ihre Theorien zu Corona aus dem Internet beziehen und sich davon schlechte Laune machen lassen.

► **Könnte Corona vielleicht sogar positive Auswirkungen haben?**

◄ Corona bringt die Welt auf Touren. Und in der Vergangenheit war es bei fast allen negativen Geschehnissen so, dass etwas Positives dabei herauskam. Ich nehme ich an, dass es bei Corona genauso sein wird. Aber das lässt sich immer erst im Nachhinein sagen.

► **Was könnte das Positive sein?**

◄ Dass wir lernen, das Leben als etwas sehr Verletzliches zu sehen, und dass wir alles tun sollten, um uns Ähnliches für die nähere Zukunft zu ersparen. Die weit grössere Krise ist die Klimakrise. Sie steht schon seit langem am Horizont und wurde von sehr vielen Menschen nicht ernst genommen. Ich hoffe sehr, dass sich das nach Corona ändern wird.

► **Was raten Sie Menschen, denen Corona schlechte Laune bereitet?**

◄ Entscheidend ist die eigene Haltung. Sind wir darüber böse? Dann macht das noch mehr schlechte Laune. Oder sagen wir: Es hat auch einen Sinn, zum Beispiel, dass ich endlich mal etwas «runterfahren» kann und nicht ständig darauf achten muss, unbedingt positiv drauf zu sein. Denn das ist sehr, sehr anstrengend, wenn das nicht von selbst so ist. Eine schlechte Laune wird vor allem dann schlechter, wenn wir sie nicht akzeptieren können.

► **Sie sagten, dass Sie selbst meistens gute Laune haben. Was hat Sie dazu motiviert, über schlechte Laune zu schreiben?**

◄ Dass ich diesen Totalitarismus der guten Laune nicht ertragen

«Sie können heute Abend beschliessen, dass Sie morgen gute Laune haben. Und was geschieht, wenn Sie aufwachen und keine haben?»

kann. Alles, was total wird, ist schlecht, und seit etlichen Jahren wird den Menschen von vielen Medien weisgemacht, sie müssten permanent gut gelaunt sein und immer alles positiv sehen.

► Sie fordern sogar ein Menschenrecht auf schlechte Laune.

◄ Ich plädiere für ein Menschenrecht auf schlechte Laune, weil die nun mal wie die gute Laune ein Teil des Menschseins ist. Ich glaube nicht, dass es allein von der bewussten Entscheidung eines Menschen abhängt, ob er gute oder schlechte Laune hat. Sie können heute Abend beschliessen, dass Sie morgen gute Laune haben. Und was geschieht, wenn Sie aufwachen und keine haben? Machen Sie sich dann gute Laune, und wenn ja, mit welchen Mitteln? Sie können alle möglichen Tricks anwenden, positive Musik oder positive Botschaften im Radio hören, alle negativen Anrufe abblocken. Aber das kostet Sie so viel Kraft, dass Sie definitiv schlechte Laune haben werden.

► In Ihrem Buch «Unglücklich sein. Eine Ermutigung» schreiben Sie von der drohenden Diktatur des Glücks. Werden wir zum Glückhsein gezwungen?

◄ Gezwungen wird niemand. Aber niemand kann diesem Trommelfeuer entkommen, dass positives Denken das Tollste auf der Welt sei und dass man unbedingt glücklich sein müsse, weil sich das Leben sonst nicht lohne. Die Tatsache, dass einige Menschen so furchtbar unter den Bewegungseinschränkungen im Rahmen der Corona-Krise leiden und bestreiten, dass es Corona überhaupt gibt, führe ich darauf zurück, dass diese Diktatur des Glücks total geworden ist. Das unbedingte Streben nach Glück hat zur Folge, dass man eine unglückliche Situation nicht akzeptieren kann.

► Wie wirkt die «Diktatur des Glücks» auf Menschen, die in Armut leben oder benachteiligt sind?

◄ Wenn Sie damit Menschen in armen südlichen Ländern meinen: Die müssen glauben, dass die Menschen im globalen Norden und Westen alle glücklich sind. Um nicht missverstanden zu werden: Ich trete jederzeit für die Verbesserung von Lebensbedingungen ein. Aber auch dann unterliegen alle Menschen ungefähr den gleichen Bedingungen, was das Leben angeht. Und diese Bedingungen des Lebens sorgen leider dafür, dass kein Mensch im totalen Glück lebt.

► Welche Bedingungen meinen Sie?

◄ Viele Menschen haben Ärger zu Hause, viele haben Probleme bei der Kindererziehung, viele erleben Trennungen, viele erleben Entlassungen. Die Frage ist nur, auf welchem materiellen Niveau.

► Es gibt ja auch in unserer Gesellschaft Menschen, die in materieller Armut leben. Wie erleben sie die «Diktatur des Glücks»?

◄ Sie glauben meiner Erfahrung nach oft, dass das Leben ein Selbstläufer wäre, wenn sie so viel Einkommen hätten wie die oberen zehn Prozent der Gesellschaft. Das ist leider ein Irrtum. So lange Menschen materiell benachteiligt sind, können sie all ihre Probleme darauf projizieren, dass das Leben besser wäre, wenn sie bessergestellt wären. Diejenigen, die materiell bessergestellt sind, können nicht mehr projizieren, das kann sehr unglücklich machen.

► Und denken Sie, dass Corona auch eine solche Projektionsfläche ist?

◄ Das könnte sein. Es ist sehr beliebt, alle eigenen Lebensprobleme auf die Verhältnisse und auf andere Menschen zu projizieren und zu glauben, es lief mit dem eigenen Leben besser, wenn die erst mal weg wären. Aber das Problem ist immer das eigene Leben.

► Und Corona lenkt davon ab?

◄ Nicht mehr lange.

► Sie schreiben in Ihrem Buch von der Melancholie, die uns alle erst noch einholen wird.

◄ Die Melancholie wird die vorherrschende Stimmung in den kommenden Jahrzehnten sein. Es kann schlimm werden, was auf uns wartet. Corona ist eine Episode von ein paar Monaten. In ein paar Jahren wird man weitgehend vergessen haben, was da mal war. Aber der Klimawandel ist keine Episode, er wird uns das ganze Jahrhundert beschäftigen. |



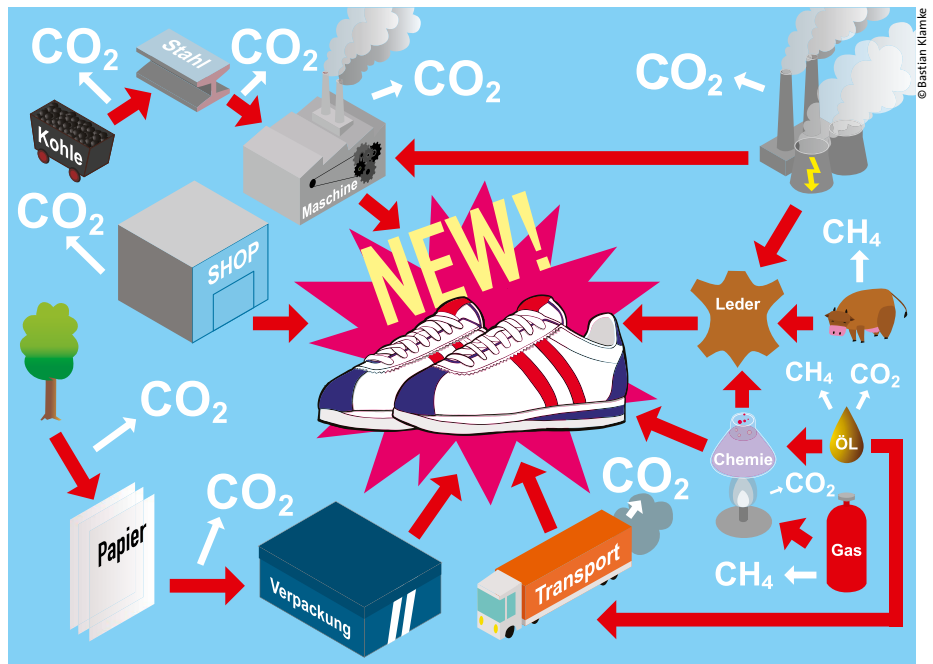
Wilhelm Schmid ist freier Philosoph und lebt in Berlin. Er lehrte bis zur Pensionierung Philosophie an der Universität Erfurt. Neben seinem Buch «Unglücklich sein. Eine Ermutigung» erschienen von ihm unter anderem die Bücher «Das Leben verstehen» und «Selbstfreundschaft. Wie das Leben reicher wird» im Suhrkamp- und Insel-Verlag.

Das 1x1 der Klimakrise

Das Jugendbuch «In Zukunft hitzefrei?» erklärt einfach und ehrlich, wie es zu dieser Krise kommen konnte und was wir nun tun können.

Von Fina Girard

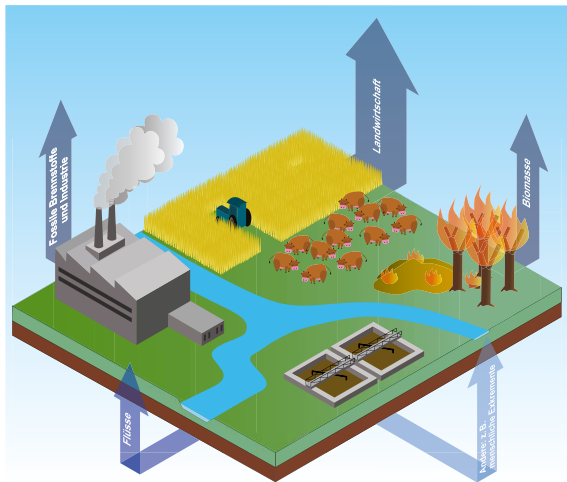
Graue Energie? Das ist der CO₂-Rucksack, den alle Produkte mit sich tragen, bevor sie über den Ladentisch gehen. Zum Beispiel ein Paar neue Turnschuhe: In ihrem Rucksack steckten das verbrauchte Wasser der Baumwollpflanze, der Strom für die Maschinen und die Abgase des Lastwagens. Methangase? Viel mehr als bloss Kuhrülpsen. Anschaulich und humorvoll erklärt Tim Schulze in seinem Jugendbuch «In Zukunft hitzefrei?» die grossen Fragen der Klimakrise. Das Buch beginnt zunächst unaufgeregt damit, die Grundlagen unseres Ökosystems aufzuzeigen. Sobald jedoch die Begriffe rund um den Klimawandel geklärt sind,



Graue Energie, bunt dargestellt: Zahlreiche Illustrationen bereichern das Buch.

taucht man ein in die Komplexität und Tiefe dieser Krise. Dabei wird die junge Leserschaft nicht von den harten Fakten verschont: Sachlich und ehrlich legt der Autor die Fehler unseres Wirtschaftssystems oder die Untätigkeit der Politik offen. Kaum ein Thema wird ausgelassen: Eigenverantwortung in Ernährung und Konsumverhalten, das Kyoto-Protokoll, umstrittene Atomkraftwerke.

nicht, im Gegenteil. Besonders im globalen Süden ist die Bevölkerung bereits heute stark von deren Folgen betroffen. Dabei werden die meisten Treibhausgas-Emissionen woanders verursacht, nämlich hier, bei uns. Auch die Schweiz muss deshalb als Wohlstandsnation und starker Finanzplatz ihre Verantwortung wahrnehmen. Dieses Jugendbuch verdeutlicht einmal mehr: Die Dringlichkeit der Krise ist kinderleicht zu verstehen.



Quellen von Lachgas, das klimaschädlich ist.

Mut machen | Autor Tim Schulze appelliert an uns alle: Jetzt ist der letzte Moment, um das Steuer noch herumzureissen. Sein Buch zeigt auf, welche Massnahmen ergriffen werden können, und sorgt so für neuen Mut und neue Hoffnung. Was wir zurzeit nötig haben. Denn gerade jetzt, mitten in der anhaltenden Covid-19-Krise, verschwindet die Klimakrise zunehmend aus der Debatte. Doch die Klimaerhitzung drosselt ihr Tempo



Tim Schulze: In Zukunft hitzefrei? Das Jugendbuch zum Klimawandel. Oekom, München 2020. 192 Seiten.

Eine eigentlich normale Reaktion

Der Psychiater und Psychotherapeut Jan Gysi ist auf die Behandlung von sexualisierter Gewalt spezialisiert. Sein neuestes Fachbuch behandelt die Folgen von Traumata. Im Interview erklärt er, inwiefern das aktuelle Schweizer Sexualstrafrecht neue wissenschaftliche Erkenntnisse zu Erstarrungsreaktionen missachtet. Von Fabienne Engler



© zvg

► **AMNESTY: Was versteht die Wissenschaft unter Erstarrungsreaktionen?**

◀ **Jan Gysi:** Das Erstarren, auf Englisch Freezing genannt, ist eine körperliche Reaktion auf akute Bedrohung, die wir alle erleben könnten. Erstarrt eine Person, so kann sich das als Bewe-

gungslosigkeit äussern, als Verlangsamung oder aber auch als sehr automatisierte Bewegungen. Weil auch die Atmung betroffen ist, kann eine erstarrte Person nicht um Hilfe schreien.

► **Wieso erstarren von sexueller Gewalt Betroffene?**

◀ Unser Hirn ist bei Gefahrensituationen mit der Frage konfrontiert, was gefährlicher sei: Selbstverteidigung oder das Unterdrücken von Abwehrhandlungen. Viele Studien haben gezeigt: Körperlicher Widerstand kann eine Vergewaltigung zwar abwehren, aber dabei steigt das Verletzungsrisiko deutlich. Das Unterdrücken von Abwehrhandlungen macht also kurzfristig Sinn, denn es sichert das Überleben eher. Diese Entscheidung geschieht instinktiv, unabhängig vom Willen und Wissen einer Person. Jemand kann einen schwarzen Gürtel in Karate haben und erstarrt trotzdem. Verschiedene Studien haben gezeigt, dass bei 37 bis 70 Prozent der von sexueller Gewalt Betroffenen diese Reaktion eintritt.

► **Wie geht unser derzeitiges Sexualstrafrecht mit dieser Erkenntnis um?**

◀ Das Schweizer Sexualstrafrecht geht von einer «Idealvergewaltigung» aus – da gibt es kein Erstarren. Im Gegenteil: Eine Frau muss vor Gericht nachweisen, dass sie erkennbar Widerstand geleistet hat. Zugespielt gesagt, muss sie sich mit Fingernägeln und bis aufs Blut gewehrt haben. Erstarren wird in der aktuellen Vergewaltigungsdefinition nicht mitgedacht. Das ist falsch. Aus psychologischer Sicht ist deshalb klar, dass ein adäquates Sexualstrafrecht die Zustimmung ins Zentrum stellen muss.

► **Wie kann eine Person beweisen, dass sie erstarret war?**

◀ Es gibt keine Blut- oder Hirnuntersuchungen, die ein Erstarren nachträglich nachweisen könnten. In der Therapie und bei der Polizei müsste die betroffene Person aber dazu befragt werden. Wenn eine Frau zum Beispiel erzählt, dass sie während des Übergriffs ihren Blick starr an die Zimmerdecke gerichtet hatte, dann müssten schon Alarmglocken schrillen.

► **Warum ist es so wichtig, das Phänomen Erstarren zu verstehen?**

◀ Eine Vergewaltigung endet nie mit der Vergewaltigung. Zum einen sind da die Selbstvorwürfe, zum anderen die teils verständnislosen Reaktionen des Umfelds, von Ermittlungsbehörden, Fachleuten der Therapie, Gerichten. Viele Betroffene machen sich riesige Vorwürfe, dass sie er-

© AI



Kundgebung: «Nur Ja heisst Ja».

starrt sind. Sie fehlinterpretieren als Charakterfehler, was eigentlich eine normale Reaktion ist. Das führt zu starker Scham und Selbstabwertung. Wenn dann das Gericht auf Freispruch entscheidet, weil es das Erstarren als Hinweis auf Einwilligung fehlinterpretiert, kann das retraumatisierend wirken.

Amnesty International führt derzeit eine Kampagne gegen sexuelle Gewalt. Mehr Informationen: [amnesty.ch/frauenrechte](https://www.amnesty.ch/frauenrechte)



Jan Gysi: Diagnostik von Traumafolgestörungen. Bern, Hogrefe-Verlag. 328 Seiten.

AMNESTY-BOUTIQUE

Unsere Produkte werden nachhaltig,
ethisch und ökologisch korrekt hergestellt.

SCHENKEN UND GUTES TUN

UMHÄNGETASCHE

In der Schweiz aus alten, aber ungebrauchten
Postsäcken hergestellt.
Grösse: 21 x 25 x 6 cm

Gelber Stoffrand:
Art. 2200.095 / Fr. 105.–



Brauner Lederrand:
Art. 2200.094 / Fr. 105.–

TASCHENAGENDA 2021

Format A6 (14,5 x 9,4 cm),
eine Woche pro Doppelseite,
broschiert und fadengeheftet.
Deutsch.

Art. 2430.114 / Fr. 10.–



FOTOKALENDER 2021 «MAJULI»

30 x 30 cm. Ein Monat pro Seite,
farbig, mehrsprachig (französisch
und englisch).

Art. 2430.112 / Fr. 20.–

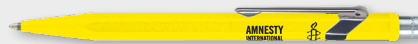


SCHWARZE STRICKMÜTZE

Weiche Mütze aus
Wolle und Acryl.
Logo aufgestickt.

Swiss made. Einheitsgrösse.

Art. 2200.077 / Fr. 5.–



KUGELSCHREIBER CARAN D'ACHE

Der Klassiker des Schweizer
Designs in den Farben von
Amnesty International. Lange
Lebensdauer, zeitlos, nachfüllbar. In der Schweiz
hergestellt.

Einzel, gelb mit schwarzem Logo, blaue Tinte.

Art. 2420.023 / Fr. 25.–

Im Etui mit Druckbleistift (0,7 mm),
weisses Logo.

Art. 2420.020 / Fr. 40.–



TASCHENMESSER VICTORINOX

Huntsman Lite
Mit 21 Funktionen

Art. 2200.085.H / Fr. 63.–



Sportsman
Mit 13 Funktionen

Art. 2300.037.S / Fr. 19.–

REGENSCHIRM

Stahlstock mit Doppelautomatik,
Schirm-Durchmesser offen:
97 cm.

Herkunft: China.

Art. 2300.032 / Fr. 25.–



**WEITERE ATTRAKTIVE PRODUKTE
FINDEN SIE IN UNSEREM WEBSHOP
SHOP.AMNESTY.CH**

FARBIGE KERZEN

Diese Kerzen sind auf Anfrage auch in 12er-Schachteln erhältlich.

rot, gelb, orange

Paraffin, Karton mit 3 Kerzen, assortiert.

Art. 2700.030 / Fr. 24.–



aubergine, crème, himbeer

Paraffin, Karton mit 3 Kerzen, assortiert.

Art. 2700.037 / Fr. 24.–



eisblau, apfelgrün, taubenblau

Paraffin, Karton mit 3 Kerzen, assortiert.

Art. 2700.042/ Fr. 24.–



ADVENTSKERZEN

Im 4er-Set, etwas grösser (14 x 6 cm), rot.

Art. 2700.040 / Fr. 36.–



BIENENWACHSKERZEN

Karton mit 2 Kerzen

Art. 2700.022 / Fr. 28.–

Mitglieder der Schweizer Sektion von Amnesty International erhalten 10 Prozent Rabatt auf Publikationen und Webshopartikel mit Ausnahme der Kerzen.

Bestellungen an Amnesty International, Postfach, 3001 Bern oder auf shop.amnesty.ch

ICH BESTELLE FOLGENDE ARTIKEL

Anzahl	Artikelbezeichnung	Grösse	Art.-Nr.	Preis

Name: _____ Strasse: _____

Ort: _____ E-Mail: _____

Tel.: _____ Unterschrift: _____

Mitgliedernummer / Kundennummer (wenn bekannt): _____

ERSTAUGUST IM WINTER



© André Gottschalk

Renato Kaiser ist Satiriker und Komiker.

Immer wieder höre ich von der humanitären Tradition der Schweiz, von den Genfer Konventionen und davon, dass die Vereinten Nationen für Menschenrechte ihren Sitz in der Schweiz hätten. Aber was heisst das schon? Die Fifa hat ihren Sitz auch in der Schweiz. Deswegen sind wir noch lange nicht Weltmeister.

Wenn wir schon eine so grosse humanitäre Tradition haben – warum pflegen wir sie dann nicht? Andere Traditionen pflegen wir doch auch so fleissig, egal wie absurd sie sind. Zum Beispiel die Erstaugustfeier. Ein absolutes Fantasiedatum, an dem wir jedes Jahr Feuerwerk in die Luft schiessen, als wollten wir der chinesischen Song-Dynastie die Ehre erweisen. Was ist schweizerisch an Feuerwerk? Wenn wir den Rütli-schwur authentisch feiern wollten, müssten wir uns jedes Jahr auf dem Rütli treffen, ungewaschen, mit Holzschuhen und selbst genähten Lederkleidern, und ganz langweilig drei Finger in die Höhe strecken. Sähe dann einfach aus wie der traurigste Mittelaltermarkt der Welt. (Wobei: Jeder Mittelaltermarkt sieht aus wie der traurigste Mittelaltermarkt der Welt.)

Aber das wollen wir nicht. Wir wollen unser Geld in den Himmel ballern und unsere Hunde zu Tode erschrecken. Wir zünden Frauenfütze und schiessen mit billigen Raketen vielleicht nicht wie Wilhelm Tell uns gegenseitig den Apfel vom Kopf, aber wenigstens uns selbst die Beere vom Finger. Und davon lassen wir uns nicht abbringen, weder von Brandgefahr oder von Covid-19 noch von einer benachbarten Unterkunft voll mit traumatisierten Kriegsgeflüchteten. Tradition ist Tradition.

Verschont mich also mit der «humanitären Tradition» der Schweiz und lasst uns über die Realität reden. Das Geflüchtetenlager in Moria stand in Flammen, die Schweiz überlegte zwei Tage lang und nimmt dann 20 Kinder auf. Das ist unsere humanitäre Realität. Die Schweiz rettet 20 Menschen – aber nur wenn es im Verhältnis von 20 zu 12 000 steht. Das ist unsere humanitäre Realität. Die Schweiz nimmt über 12 000 nicht auf. Auch wenn sie unter winterlicher Kälte, einer Pandemie und nächtlichen Nazi-Angriffen leiden. Das ist unsere humanitäre Realität.

Wenn wir eine humanitäre Tradition haben wollen, müssen wir sie auch pflegen. Denn wenn wir das nicht tun, hat die Schweiz keine humanitäre Tradition. Sondern höchstens eine humanitäre Vergangenheit. |

ANDERE TRADITIONEN PFLEGEN WIR DOCH AUCH SO FLEISSIG, EGAL WIE ABSURD SIE SIND.



© Amnesty International Norwegen

BRIEFMARATHON 2020 MUTIGE MENSCHEN SCHÜTZEN: WICHTIGER DENN JE

In den Wochen vor dem 10. Dezember, dem Internationalen Tag der Menschenrechte, veranstaltet Amnesty International jedes Jahr den internationalen Briefmarathon.

Rund um die Welt sind Hunderttausende aktiv, schreiben Briefe, schicken Solidaritätsnachrichten, unterschreiben Petitionen, organisieren vielfältige Aktionen. Damit stehen wir überall auf dem Globus für Gerechtigkeit ein und unterstützen Menschen, die wegen ihres Engagements für die Menschenrechte in Gefahr sind. Der Briefmarathon ist die grösste weltweite Aktion zur Verteidigung der Menschenrechte.

2019 haben wir weltweit mehr als 6 500 000 Briefe geschrieben, fast 40 000 davon kamen aus der Schweiz. Diese Millionen von Briefen und Nachrichten verändern Leben. 2019 hat der Briefmarathon dazu beigetragen, dass Verschwundene wieder auftauchten (Ebrahim Ezz el-Din), Strafen reduziert wurden (Yasaman Aryani), Todesurteile revidiert wurden (Magai Matiap Ngogn) und Menschen-

rechtsverteidigerInnen in ihrem Engagement Unterstützung erhielten (Marinel Ubaldo, Sean Binder, Sarah Mardini).

AUCH DIESES JAHR: MACHEN SIE MIT! Gerade im Pandemie-Jahr 2020 ist es für Aktivistinnen und Aktivisten viel schwieriger, sich für ihre Anliegen einzusetzen. Besuche bei Inhaftierten sind komplizierter geworden, und Corona dient vielen Regierungen als Vorwand, wenn sie das Engagement für die Menschenrechte unterdrücken. Deswegen ist unsere Unterstützung nötiger denn je!

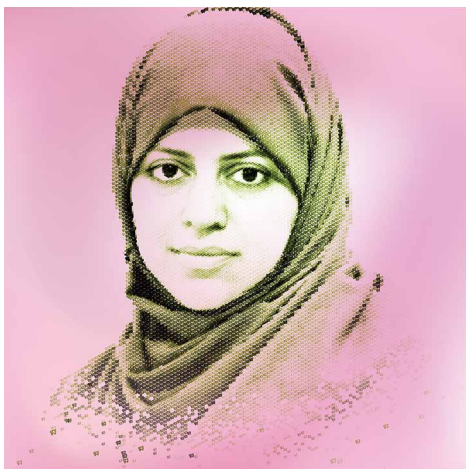
Anita Streule

Zusätzliche Informationen, Briefvorlagen und Petitionen für die weiteren Fälle finden Sie auf www.amnesty.ch/briefmarathon

MIT DEM BRIEFMARATHON 2020 UNTERSTÜTZEN WIR FOLGENDE MENSCHENRECHTSAKTIVISTINNEN, DIE IN GEFAHR SIND:

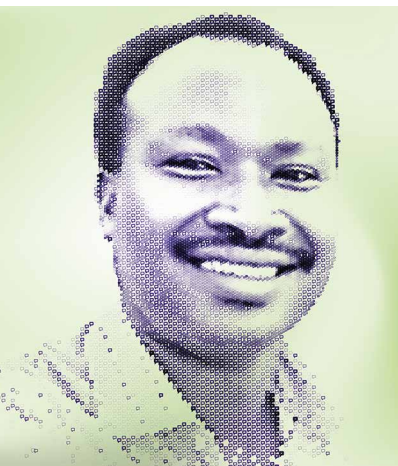
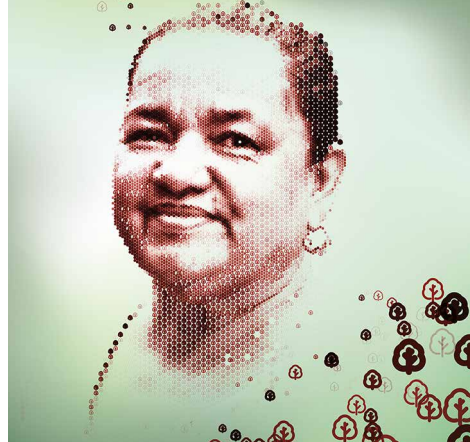
Nassima al-Sada

hat sich viele Jahre dafür eingesetzt, dass Frauen in Saudi-Arabien frei leben können. Doch ihr Engagement hat dazu geführt, dass sie ihre eigene Freiheit verloren hat und nun im Gefängnis sitzt. Sie ist eine von vielen bekannten Aktivistinnen, die gefordert haben, dass Frauen Auto fahren und alltägliche Angelegenheiten ohne Erlaubnis eines männlichen «Vormunds» regeln dürfen.



Jani Silva

setzte sich schon als Teenager für die Kleinbäuerinnen und Kleinbauern von Putumayo ein, einer Region in Kolumbien, die für ihre einmalige Biodiversität bekannt ist. Sie ist Mitbegründerin einer Organisation zum Schutz des Reservats La Perla Amazónica. Durch ihre Arbeit geriet Jani in Konflikt mit Erdölunternehmen; zwei Öllecks vergifteten die Wasserquellen, von denen die örtliche Bevölkerung abhängig ist. Ihr Engagement hat erschreckende Auswirkungen für Jani: Sie wird verfolgt, von Unbekannten eingeschüchtert und mit dem Tod bedroht.



Germain Rukuki

wurde von einem Gericht in Burundi zu 32 Jahren Haft verurteilt, weil er in einer Anti-Folter-Organisation aktiv war. Er sitzt inzwischen wegen «Untergrabung der staatlichen Sicherheit» im Gefängnis.

Er sitzt inzwischen wegen «Untergrabung der staatlichen Sicherheit» im Gefängnis.

Idris Khattak

ist Experte zum Thema «Verschwindenlassen» in Pakistan. Er hat dieses völkerrechtlich geächtete Verbrechen jahrelang für Amnesty International und Human Rights Watch dokumentiert – bis er selbst am 13. November 2019 «verschwand».



Melike Balkan und Özgür Gür

organisierten gegen den Willen der Leitung ihrer Universität eine LGBTI*-Kundgebung in Ankara, Türkei. Daraufhin wurden beide verhaftet. Sie stehen vor Gericht, obwohl sie nur ihr Recht auf friedlichen Protest wahrgenommen haben. Es drohen ihnen bis zu 3 Jahre Haft.



Unterstützen Sie die bedrohten MenschenrechtsaktivistInnen: Machen Sie am Briefmarathon mit! Sie können sich gleich hier, mit nebenstehendem Talon, für Jani Silva engagieren. Weitere Informationen zu den Fällen finden Sie auf www.amnesty.ch/briefmarathon



UNSERE AKTIONEN IM BILD

Unter dem Motto «Evakuieren Jetzt!» demonstrieren am 10. Oktober bis zu 5000 Menschen auf dem Bundesplatz in Bern für die Aufnahme von Geflüchteten aus dem Lager Moria auf Lesbos. An der unter anderem von Amnesty Schweiz organisierten Kundgebung wurde gefordert, dass die Schweizer Regierung sofort handelt und möglichst viele Geflüchtete aus der Ägäis in die Schweiz holt. «Die katastrophale Situation auf den griechischen Inseln und die fortschreitende Corona-Pandemie machen es zu einer menschlichen Pflicht, umgehend Menschen aus den griechischen Camps zu evakuieren», sagt Pablo Cruchon, der als Kampagnenverantwortlicher von Amnesty Schweiz an der Demo sprach. «Der Winter steht vor der Tür, die Lager sind ungenügend ausgerüstet. Wenn jetzt nicht gehandelt wird, kommt es zur humanitären Katastrophe.»

Das Netzwerk Asyl und Migration von Amnesty Schweiz trifft sich nun regelmässig via Skype, um Aktionsmöglichkeiten zu besprechen. Ein erstes Meeting fand im November statt. Interesse, mitzumachen und sich für die Flüchtlinge einzusetzen? Melden Sie sich bei pcruchon@amnesty.ch



BRIEFMARATHON 2020: PETITION FÜR JANI SILVA

SCHUTZ FÜR JANI SILVA! SCHUTZ FÜR DAS AMAZONASRESERVAT LA PERLA

An Ivan Duque,
Präsident von Kolumbien

Jani Silva setzt sich seit Jahrzehnten für die Kleinbäuerinnen und Kleinbauern von Putumayo ein. Sie hat ihr Leben dem Schutz der Umwelt und der natürlichen Ressourcen gewidmet. Auf-

grund ihres Engagements ist Jani Silva jedoch in Gefahr – sie wurde verfolgt, von bewaffneten Unbekannten eingeschüchert und mit dem Tod bedroht. Jani Silva und die KleinbäuerInnen müssen geschützt werden, denn sie verteidigen natürliche Ressourcen, die für den gesamten Planeten wichtig sind.

Deswegen bitte ich Sie:

- Ergreifen Sie Schutzmassnahmen für Jani Silva und alle Mitglieder der von ihr mitgegründeten Organisation ADISPA, die sich für den Erhalt des kleinbäuerlichen Reservats La Perla Amazónica einsetzt.
- Ergreifen Sie auch Massnahmen zum Schutz der Bewohnerinnen und Bewohner des Reservats La Perla Amazónica.

	Name	Vorname	Adresse	Unterschrift
1				
2				
3				
4				
5				



© Amnesty International

SETZEN SIE SICH MIT AMNESTY FÜR DIE MENSCHENRECHTE EIN

AKTIV IN EINER GRUPPE

Überall in der Schweiz setzen sich Menschen mit Amnesty International ein. Auch in Ihrer Region. Weitere Informationen finden Sie auf www.amnesty.ch/mitmachen.

MIT EINER SPENDE

Ihre finanzielle Unterstützung, sei es eine einmalige oder eine regelmässige Spende, bringt die Menschenrechte voran. Sie finden einen Einzahlungsschein in der Beilage.

**BESTELLEN SIE KOSTENLOS
DEN E-NEWSLETTER AUF
WWW.AMNESTY.CH/NEWSLETTER**

BEI AMNESTY YOUTH

AMNESTY YOUTH ist ein Netzwerk von jungen Menschen, die sich in der Schweiz für eine bessere Welt einsetzen.
Mehr Infos: www.amnestyyouth.ch

ONLINE

Unter www.amnesty.ch/action finden Sie aktuelle Informationen zu unseren Aktivitäten und diverse Möglichkeiten, sich mit uns zu engagieren.



AMNESTY INTERNATIONAL Schweizer Sektion
Speichergasse 33 . Postfach . 3001 Bern
T: +41 31 307 22 22 . F: +41 31 307 22 33
contact@amnesty.ch . www.amnesty.ch
PG: 30-3417-8 . IBAN: CH52 0900 0000 3000 3417 8